



Wortprotokoll

der 92. Sitzung vom 12. Oktober 1973

Resoconto integrale

della seduta n. 92 del 12 ottobre 1973

VI. Legislatur
VI legislatura
1968 - 1973



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE SÜDTIROLER LANDTAG

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

VI^a Legislatura
VI. Gesetzgebungsperiode

SEDUTA 92^a SITZUNG

12 - 10 - 1973

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale n. 210/73: «Modifiche alla legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, concernente la disciplina degli obblighi dei concessionari idroelettrici e dell'impiego dell'energia per l'elettrificazione locale» pag.	7	Landesgesetzentwurf Nr. 210/73: „Abänderungen des Landesgesetzes vom 30. August 1972, Nr. 18: «Regelung der Pflichten der Wasserkraftkonzessionäre und der Verwendung der Energie für die örtliche Stromversorgung»“ Seite	7
Disegno di legge provinciale n. 211/73: «Istituzione delle qualifiche dirigenziali e concessione al personale provinciale di un assegno perequativo» pag.	14	Landesgesetzentwurf Nr. 211/73: „Einführung der leitenden Beamtenränge und Gewährung der Ausgleichszulage an das Landespersonal“ Seite	14
Disegno di legge provinciale n. 212/73: «Costituzione del consiglio provinciale delle miniere» pag.	28	Landesgesetzentwurf Nr. 212/73: „Bildung des Landesbeirates für Bergbau“ Seite	28

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE: **Dr. Robert**
 VORSITZ DES PRÄSIDENTEN: **v. FIORESCHY**

ORE 9.45 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. La seduta è aperta.

GOUTHIER (Segretario - P.C.I.): (*Appello nominale, lettura del processo verbale - Namensaufruf, Verlesung des Sitzungsprotokolls*).

PRÄSIDENT: Bemerkungen zum Sitzungsprotokoll? Keine. Osservazioni al processo verbale? Nessuna. Das Protokoll ist genehmigt.

Ich möchte einige Mitteilungen machen, u.zw. sind folgende Gesetzentwürfe kürzlich eingereicht worden: Nr. 213/73: „*Finanzielle Maßnahmen auf dem Sektor der öffentlichen Gesundheit*“ - «*Provvedimenti finanziari nel campo della sanità pubblica*»; Nr. 214/73: „*Abänderungsverfügung zum Haushalt der Provinz für das Finanzjahr 1973 (erste Verfügung)*“ - «*Variazioni al bilancio di previsione della Provincia per l'esercizio finanziario 1973 (primo provvedimento)*»; Nr. 215/73: „*Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft und der Produktivität*“ - «*Iniziativa per l'incremento economico e della produttività*». Deshalb müssen wir uns nach der heutigen Sitzung in dieser Gesetzgebungsperiode noch einmal treffen, da noch zahlreiche Anfragen und Interpellationen zu behandeln sind.

Abg. Mayr hat das Wort.

MAYR (Sekretär - S.V.P.): Ich verstehe schon, daß die Anfragen nicht die wichtigsten Probleme

im Landtag sind. Ich möchte auch präzisieren, daß der Unterfertigte, der zur Zeit 30 Anfragen eingebracht hat, diese erst dann eingereicht hat, als der Verwaltungsweg erschöpft war und somit nur der politische Weg noch offenstand. Ich muß somit darauf bestehen, daß jede einzelne Anfrage genau so behandelt wird, als ob wir nicht vor dem Ende der Legislaturperiode stehen würden. Das gehört auch im kleinen Landtag von Südtirol zu den parlamentarischen Gepflogenheiten. Ich bestehe wirklich darauf, denn es sind Anfragen zu behandeln, die bereits seit Jänner vorliegen. Ich muß die hohe Landesregierung ersuchen, daß sie diese Anfragen demnächst behandelt.

PRÄSIDENT: Ich kann den Abg. Mayr insofern beruhigen, als ich ihm sage, daß es meine Absicht ist, eine eigene Sitzung für diese Anfragen noch vor Schluß der Legislaturperiode einzuberufen.

Ich fahre nun mit den Mitteilungen fort und verlese einen Beschluß des Landesausschusses Nr. 3004 vom 6. August 1973 betreffend Abänderungen des Generalbebauungsplanes der Gemeinde Schlanders:

Nach Einsichtnahme in den Bebauungsplan der Gemeinde Schlanders, genehmigt mit Landesgesetz Nr. 8 vom 18. Mai 1970;

Nach Einsichtnahme in den Ratsbeschuß Nr. 37 vom 24.4.1973, mit dem die Gemeinde beabsichtigt, den letzten Absatz der Art. 8 der Durchführungsbestimmungen zum Bebauungsplan abzuändern, und zwar die höchstzulässige Baumassendichte von 2 m³/m² auf 2,5 m³/m² zu erhöhen;

Festgestellt, daß gegen obgenannten ordnungsgemäß veröffentlichten Beschluß keine Einwände eingebracht wurden;

Nach Anhören des Beirates für Raumordnung, Sitzung vom 23. März 1973;

In der Erwägung, daß der von der Gemeinde vorgeschlagene Abänderungsantrag angenommen werden kann;

In der weiteren Erwägung, daß nach Inkrafttreten des Landesgesetzes Nr. 15 vom 20. August 1972, welches die Wohnbaureform beinhaltet, anstatt der Grundstücksteilungspläne Durchführungspläne erstellt werden müssen und daß folglich der Bebauungsplan der Gemeinde Schlanders von Amtswegen den neuen Gesetzesbestimmungen angepaßt wird;

In der Erwägung, daß die beiden letzten Absätze des Art. 8 der Durchführungsbestimmungen zum Bebauungsplan wie folgt ersetzt werden: „Höchstzulässige Baumassendichte: 2,5 m³/m² der Grundstücksfläche. Für die im Plan graphisch gekennzeichnete Zone muß ein Durchführungsplan erstellt werden“.

In der weiteren Erwägung, daß der Art. 4 der Durchführungsbestimmungen zum Bebauungsplan wie folgt ersetzt wird: „Art. 4 - Durchführungspläne“.

Für die im urbanistischen Leitplan graphisch umrissenen Erweiterungszonen sind im Sinne des Art. 20 des Landesgesetzes Nr. 15 vom 28. August 1972 über die Wohnbaureform Durchführungspläne zu erstellen; vor deren Genehmigung ist jede Art von Bautätigkeit untersagt.

Die Durchführungspläne umfassen den gesamten graphisch umrissenen Gebietsbereich einer Zone und müssen die im Bauleitplan festgesetzte Widmung und Baudichte berücksichtigen. Unbeschadet der Vorschriften für einzelne Zonen kann für die Erstellung der Durchführungspläne mit Ausnahme jener Zonen, für welche die Darstellung der Baumassenverteilung nicht gefordert ist, von Höhenbeschränkungen und den vorgeschriebenen Abständen innerhalb der Zone abgewichen werden. Die Abstände der Gebäude von der Zonengrenze dürfen jedoch nicht weniger als die Hälfte ihrer Höhe betragen, während die Abstände zu den außerhalb der Zone bestehenden Gebäuden nicht geringer als die Höhe des nächsten gegenüberliegenden Gebäudes sein dürfen.

Der Durchführungsplan muß die primären Erschließungsanlagen beinhalten. Als solche gelten:

- a) die Verkehrserschließung,
- b) die Halte- und Parkplätze,
- c) die Anlage zur Beseitigung der Abwässer und Regenwässer,

- d) die Trinkwasserversorgung,
- e) die Strom- und Gasversorgung,
- f) die öffentliche Beleuchtung,
- g) die Grünanlagen.

Der Durchführungsplan muß folgende Bestandteile ausweisen:

1. eine Darstellung im Maßstab nicht kleiner als 1:500,
 - a) des Bestandes mit Angabe der Zonengrenze, des Katasterstandes, belegt mit den entsprechenden Besitzbögen und Grundbuchauszügen, den Höhenschichtenlinien, der Baumassenverteilung der innerhalb der Zone bestehenden und der umliegenden Gebäude, deren Nutzung, sowie der in diesem Bereich bereits vorhandenen primären Erschließungsanlagen;
 - b) der Planungsmaßnahmen mit Angabe der Höhenschichtenlinien, der primären Erschließungsanlagen, der Anschlüsse an die außerhalb der Zone bestehenden Versorgungsanlagen, der Aufteilung der Flächen zwischen gefördertem und freiem Wohnbau (neue Parzellenstruktur), der Umgestaltung und der Nutzung der Flächen, der Baumassenverteilung sowie der Zweckbestimmung der bestehenden und der vorgesehenen Gebäude;
2. eine Beschreibung des Plankonzeptes mit detaillierten Angaben der vorhandenen oder zu erstellenden primären und sekundären Erschließungsanlagen, sowie der annähernden Angaben, deren Kosten;
3. ein Modell im Maßstab nicht kleiner als 1:500;
4. Durchführungsbestimmungen.

Für Zonen mit einer Baudichte bis zu 1,5 m³/m² ist die graphische Darstellung der Baumassenverteilung, sowie der Erstellung eines Modells nicht erforderlich.

Dasselbe gilt für die Industrie-, Handwerks- und für Handelszonen, falls die diese Zonen betreffenden Durchführungsbestimmungen keine andere Regelung vorsehen“.

In der Erwägung, daß es sich im Sinne des Art. 17 des Einheitstextes der Gesetze zur Landesbauordnung, genehmigt mit Dekret des Präsidenten des Landesausschusses Nr. 20 vom 23. Juni 1970, um unwesentliche Handlungen handelt;

Dies vorausgeschickt,

b e s c h l i e ß t

der Landesausschuß,
mit Stimmeneinhelligkeit:

1. die Art. 4 und 8 der Durchführungsbestimmungen zum Bebauungsplan der Gemeinde Schländers, wie in den Prämissen angeführt, abzuändern;
2. den gegenständlichen Beschluß im Amtsblatt der Region zu veröffentlichen;
3. Kopie des gegenständlichen Beschlusses dem Landtag zur Kenntnis zuzusenden.

Visto il piano regolatore generale del Comune di Silandro, approvato con legge provinciale del 18 maggio 1970, n. 8;

Vista la delibera consiliare del 24 aprile 1972, n. 37, con la quale il Comune intende modificare l'ultimo comma dell'art. 8 delle norme di attuazione al piano regolatore generale nel senso che la densità edilizia massima consentita venga portata da 2 mc/mq a 2,5 mc/mq;

Constatato che avverso la suddetta delibera regolarmente pubblicata, non è stata avanzata alcuna osservazione;

Sentito il Comitato urbanistico provinciale, seduta del 23 marzo 1973;

Ritenuto di poter accettare la proposta di modifica inoltrata dal Comune;

Ritenuto inoltre che dopo l'entrata in vigore della legge provinciale del 20 agosto 1972, n. 15, concernente la riforma dell'edilizia abitativa, invece dei piani di lottizzazione devono essere redatti piani di attuazione e che di conseguenza il piano regolatore generale di Silandro viene aggiornato d'ufficio alla disposizione della legge citata;

Considerato di poter sostituire gli ultimi due capoversi dell'art. 8 delle norme di attuazione al piano regolatore generale con il seguente:

«Densità edilizia massima consentita 2,5 mc/mq della superficie del lotto.

Per la zona graficamente contrassegnata nel piano deve essere redatto un piano di attuazione ai sensi dell'art. 4 delle presenti norme di attuazione».

Considerato inoltre di sostituire l'art. 4 delle norme di attuazione al piano regolatore generale con il seguente:

«Art. 4 - Piani di attuazione

Per le zone di espansione, graficamente delimitate nel piano urbanistico è richiesta la redazione di piani di attuazione ai sensi dell'art. 20 della legge provinciale n. 15 del 20 agosto 1972 riguardante la riforma dell'edilizia abitativa; prima dell'approvazione dei relativi piani nessuna attività edilizia è consentita nelle suddette zone.

I piani di attuazione comprendono l'intera zona contrassegnata e devono rispettare la destinazione della zona e la densità edilizia stabilite nel piano urbanistico.

Salvo prescrizioni particolari per singole zone i piani di attuazione possono, ad eccezione delle zone per le quali non è richiesta la rappresentazione planivolumetrica degli edifici, derogare dai limiti di altezza e dalle distanze prescritte all'interno della zona.

Le distanze degli edifici dai confini della zona non devono però essere inferiori alla metà della loro altezza, mentre le distanze dagli edifici esistenti al di fuori della zona non possono essere inferiori all'altezza dell'edificio più alto prospiciente.

Il piano di attuazione deve contenere le opere di urbanizzazione primaria. Come tali si considerano:

- a) le strade residenziali
- b) gli spazi di sosta e di parcheggio
- c) le fognature
- d) la rete idrica
- e) la rete di distribuzione dell'energia elettrica e del gas
- f) la pubblica illuminazione
- g) gli spazi di verde attrezzato.

Il piano di attuazione deve comprendere i seguenti elementi:

1. La rappresentazione in scala non inferiore a 1:500,
 - a) della situazione preesistente con indicazione della delimitazione della zona, della situazione catastale documentata dai relativi fogli di possesso ed estratti tavolari, delle linee altimetriche, della planivolumetria degli edifici esistenti all'interno della zona e di quelli al di fuori della zona, nonché delle opere d'urbanizzazione primaria esistenti in tale comprensorio;
 - b) del progetto di piano con indicazione delle linee altimetriche, delle opere di urbanizza-

zione primaria, degli allacciamenti alle opere esistenti al di fuori della zona, della suddivisione in aree per l'edilizia abitativa agevolata ed in aree residenziali (nuova struttura parcellare), della sistemazione ed utilizzazione delle aree, della planivolumetria e la destinazione d'uso degli edifici esistenti e di quelli previsti;

2. la relazione illustrante l'impostazione del piano con indicazioni dettagliate delle opere di urbanizzazione primaria e secondaria esistenti o da realizzare, nonché con l'indicazione di massima della spesa relativa alle opere da realizzare;
3. il modello in scala non inferiore a 1:500;
4. le norme di attuazione;

Per zone con densità fondiaria fino a 1,50 mc/mq non è richiesta la rappresentazione planivolumetrica degli edifici né il modello;

lo stesso vale per zone industriali, artigianali e per zone commerciali, salvo che le norme di attuazione alle relative zone non prevedano una regolamentazione diversa.»

Ritenuto che trattasi di modifiche non sostanziali ai sensi dell'art. 17 del testo unico delle leggi provinciali sull'ordinamento urbanistico, approvato con decreto del Presidente della Giunta provinciale n. 20 del 25 giugno 1970;

Ciò premesso, la Giunta provinciale, ad unanimità di voti, legalmente espressi

d e l i b e r a

1. di modificare gli artt. 4 e 8 delle norme di attuazione del piano regolatore generale di Silandro, come specificato nelle premesse;
2. di provvedere alla pubblicazione della presente delibera nel Bollettino Ufficiale della Regione;
3. di trasmettere una copia della presente delibera per conoscenza al Consiglio provinciale.

Ich möchte noch Verbesserungsvorschläge für zwei schon genehmigte Gesetze vorbringen. Wegen der Eile unterlaufen manchmal Fehler, die man dann irgendwie ausmerzen muß. Ich muß jedoch vorausschicken, daß diese Fehler nicht dem Landtag zuzuschreiben sind, sondern dem Landesauschuß, der die Vorlagen nicht richtig formuliert hat. Im Einvernehmen mit dem Regierungskommissär bzw. mit den Vertretern der Zentralregierung haben wir beschlossen, daß diese Verbesserungen rein formeller Natur auch vom Landtag beschlossen werden müssen. Darüber schreibt mir Dr. Pasquali folgenden Brief, dessen Inhalt das

Landesgesetz „Bestimmungen zum Schutz der Gewässer vor Verschmutzung und zur Regelung der Abwasserbeseitigung“ betrifft: „Das gegenständliche Landesgesetz hat nun schon den vorgesehenen Werdegang abgeschlossen. Kürzlich wurde es im Sinne des Art. 127 der Verfassung vom Regierungskommissär mit dem Sichtvermerk versehen und wird nun im Amtsblatt der Region veröffentlicht werden. Bei einer nochmaligen Kontrolle seitens unseres Amtes wurde ein materieller Fehler entdeckt, der in den verschiedenen Ausfertigungen bei Art. 21 „Sanzioni amministrative“ aufscheint. In diesem Artikel steht nämlich unter Buchstabe c): „Chiunque non ottemperi all'obbligo di effettuare la diluizione mediante l'apporto di acque esterne prima dello scarico“ während die Diktion wie folgt lauten müßte: „Chiunque non ottemperi all'obbligo di «non» effettuare la diluizione...“. Also das «non» ist ausgelassen worden. „Da es sich um einen materiellen Fehler handelt, kann daraus geschlossen werden, daß der Buchstabe c) des Art. 21 auf den Art. 8 desselben Gesetzes verweist, der ausdrücklich folgendes bestimmt: „a) divieto di effettuare la diluizione mediante l'apporto di acque esterne prima dello scarico“. Um die beiden Artikel aufeinander abzustimmen, möchten wir vorschlagen, im Amtsblatt den vollständigen Wortlaut zu veröffentlichen, sodaß der oben erwähnte materielle Fehler behoben wird. Auf diese Weise würde dem Willen des Gesetzgebers Rechnung getragen.“

Ripeto quanto ho detto adesso in lingua tedesca. Nella presentazione dei disegni di legge da parte della Giunta provinciale sono stati fatti degli errori materiali di trascrizione. Nonostante questo, la legge «Norme per la tutela delle acque dall'inquinamento e per la disciplina degli scarichi» è regolarmente stata vistata dal Governo. Sennonché mi è pervenuta una lettera da parte dell'Assessore Pasquali, nella quale dice che la legge provinciale in oggetto, avendo percorso l'intero ciclo previsto per la sua approvazione e munita del visto, ai sensi dell'art. 127 della Costituzione, del Commissario del Governo, sta per essere pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione. Un ultimo controllo del testo da parte dell'ufficio competente ha portato alla luce un errore materiale, che è stato introdotto nell'art. 21 «Sanzioni amministrative». Infatti, in tale articolo si legge sotto la lett. c): «Chiunque non ottemperi all'obbligo di effettuare la diluizione mediante l'apporto di acque esterne prima dello scarico», mentre la dicitura esatta dovrebbe essere la seguente: «Chiunque non ottemperi all'obbligo di "non,, effettuare la diluizione...». E' stata omessa la parola «non». Che si tratti di

un errore materiale si deduce dal fatto che la lett. c) dell'art. 21 richiama l'art. 8 della medesima legge, che recita testualmente: «a) divieto di effettuare la diluizione mediante l'apporto di acque esterne prima dello scarico». Per armonizzare i due articoli nella pubblicazione del testo ufficiale sul Bollettino Ufficiale, deve essere eliminato l'errore materiale come sopra indicato.

Eravamo, come Presidenza del Consiglio provinciale, in un certo imbarazzo nell'effettuare sic et simpliciter questa correzione. Quindi, abbiamo interpellato i rappresentanti governativi, i quali ci hanno indicato la via da seguire, cioè di fare approvare questa correzione dal Consiglio provinciale.

Aus diesem Grunde möchte ich diese Korrektur zur Abstimmung bringen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich die Hand zu erheben: einstimmig angenommen.

AGOSTINI (P.L.I.): Mi domando se è sufficiente l'approvazione per alzata di mano o se occorra piuttosto la votazione per scheda segreta, come è avvenuto per la legge.

PRESIDENTE: E' stato chiarito anche questo dubbio: basta la votazione per alzata di mano, dato che l'articolo è stato approvato nella stessa maniera. Occorre solo l'assenso dell'Assemblea.

Bodenschutzgesetz: Hier ist das gleiche passiert. Es schreibt mir der Abteilungsleiter, Dr. Nicolussi: „Am 24. Juli 1973 wurde das Bodenschutzgesetz vom Landtag genehmigt. Mit dem Sichtvermerk des Regierungskommissars versehen, steht nunmehr vor Inkraftsetzung desselben die Veröffentlichung aus. Bei einer neuerlichen Prüfung des Textes wurde im Art. 10, Absatz 9 ein materieller Fehler festgestellt. Wir ersuchen Sie um die Ermächtigung, diese beiden Fehler vor Veröffentlichungen im Amtsblatt entfernen zu dürfen. Im einzelnen handelt es sich um folgendes: der 9. Absatz des Art. 10 trägt folgenden Wortlaut: «Per tutte le richieste di autorizzazione l'Assessore si esprime entro 90 giorni su conforme parere della terza Sezione di cui alla L.P. 19.1.1973, n. 6. L'Assessore competente può richiedere anche su segnalazione della sezione di cui al precedente comma ogni informazione e documentazione supplementare.»

Der letzte Satz hätte im Gefüge des Art. 10 einen eigenen Absatz bilden sollen. Durch das Ein-

schleichen eines materiellen Fehlers ist dies nicht erfolgt. Wir ersuchen Sie daher, uns bei der Veröffentlichung des Gesetzes zur Entfernung dieses materiellen Fehlers zu ermächtigen”.

La lettera del caporipartizione dott. Nicolussi dice: «All'atto di una nuova revisione del testo di provvedimento è stato accertato un errore materiale nell'art. 10, nono comma. Con la presente La preghiamo di volere dare la Sua cortese autorizzazione affinché tale errore possa venire eliminato durante la pubblicazione nel Bollettino Ufficiale. Si tratta in sostanza di questo: il nono comma dell'art. 10 recita testualmente: «Per tutte le richieste di autorizzazione, l'Assessore si esprime entro 90 giorni su conforme parere della terza Sezione di cui alla L.P. 19.1.1973, n. 6. L'Assessore competente può richiedere anche su segnalazione della sezione di cui al precedente comma ogni informazione e documentazione supplementare». Nella disposizione dell'art. 10 l'ultimo periodo avrebbe dovuto formare un comma a se stante, cosa che non è avvenuta causa l'errore materiale di cui sopra. La preghiamo pertanto di volere dare la Sua cortese autorizzazione affinché all'atto della pubblicazione del disegno di legge in oggetto questo errore materiale possa venire eliminato».

Ich glaube, daß wir auch diese Korrektur zur Abstimmung bringen können. Wer damit einverstanden ist, bitte ich die Hand zu erheben: einstimmig angenommen.

Wir können nun zur Behandlung des ersten Punktes der Tagesordnung übergehen: „Landesgesetzentwurf Nr. 210/73: „Abänderungen des Landesgesetzes vom 30. August 1972, Nr. 18: «Regelung der Pflichten der Wasserkraftkonzessionäre und der Verwendung der Energie für die örtliche Stromversorgung»”.

Primo punto all'ordine del giorno: «Disegno di legge provinciale n. 210/73: «Modifiche alla legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, concernente la disciplina degli obblighi dei concessionari idroelettrici e dell'impiego dell'energia per l'elettrificazione locale».

La parola alla Giunta.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente - D.C.): Con il presente disegno di legge si intendono apportare alla legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, alcune modifiche che a suo tempo erano state concordate con il Governo, già in sede di approvazione della legge che disciplina gli ob-

blighi dei concessionari idroelettrici e l'impiego dell'energia per l'elettrificazione locale; altre modifiche vengono proposte invece per motivi pratici.

Tra le modifiche concordate con il Governo rientrano quelle comprese nei primi tre articoli.

Nell'art. 1 si sostituisce la lettera «o» con la lettera «e» per rispettare formalmente il testo della norma statutaria.

Le modifiche di cui agli artt. 2 e 3 vengono apportate per un miglior coordinamento con la legislazione statale vigente in materia.

Le prescrizioni di cui all'art. 4 permetteranno alla Provincia di realizzare alcune cabine di trasformazione e conseguentemente agevolare gli allacciamenti delle linee a media tensione dell'Enel o di altri concessionari idroelettrici alle reti elettriche locali. Tale misura si rende necessaria in quanto la realizzazione dei programmi di elettrificazione da parte dei Comuni procede con molta lentezza. Per i programmi degli anni 1972 e 1973, già approvati dalla Giunta provinciale, si stanno appena elaborando i progetti esecutivi, per cui non si può prevedere la loro realizzazione entro il corrente anno. Però è possibile che, durante il prossimo inverno, in alcune vallate, come per esempio in valle Aurina e in val Sarentino, le imprese locali non siano più in grado di alimentare con le loro centraline le reti locali e si avrebbe conseguentemente la completa paralisi delle attività economiche nelle zone colpite. La Provincia intende perciò mettere a disposizione delle imprese locali, nei punti più critici, cabine di trasformazione prefabbricate, consegnando loro l'energia di integrazione occorrente, in base all'art. 6 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, almeno fino a quando saranno realizzati (fra uno o due anni) gli impianti definitivi già programmati. Le cabine di trasformazione prefabbricate sono facilmente spostabili e potranno, quindi, trovare impiego anche in seguito in altre località.

L'art. 5 permetterà il finanziamento degli allacciamenti elettrici di nuclei e case sparse nella zona di distribuzione dell'Enel, zona che era rimasta esclusa finora dai contributi della Provincia. Tale misura è ritenuta opportuna, in quanto non è stata ancora rifinanziata la legge dello Stato che concede contributi all'Enel.

L'art. 6 prevede una precisazione al terzo comma dell'art. 13 della legge provinciale per eliminare dubbi di interpretazione.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will man am Landesgesetz vom 30. August 1972, Nr. 18, das die Pflichten der Wasserkraftkonzessionäre und die Verwendung der Energie für die örtliche Stromversorgung regelt, einige Änderungen vornehmen, die seinerzeit mit der Regierung schon bei der Überprüfung des Gesetzes vereinbart worden waren; andere Änderungen werden hingegen aus praktischen Gründen vorgeschlagen.

Unter die Abänderungen, die mit der Regierung vereinbart wurden, fallen jene, die in den ersten 3 Artikeln enthalten sind.

Im 1. Artikel wird das Wort „oder“ durch das Wort „und“ ersetzt, um formell den Text der Norm des Statutes zu respektieren.

Die Änderungen in den Artikeln 2 und 3 bezwecken eine bessere Koordinierung mit der derzeitigen Staatsgesetzgebung.

Die Vorschriften des Art. 4 gestatten es der Provinz, einige Transformatorcabine zu errichten und demnach den örtlichen Stromnetzen den Anschluß an die Mittelspannungsleitungen des ENEL oder anderer Wasserkraftkonzessionäre zu erleichtern. Diese Maßnahme ist notwendig, weil die Verwirklichung der Elektrifizierungsprogramme von seiten der Gemeinden sehr langsam voranschreitet. Für die bereits vom Landesausschuss genehmigten Programme der Jahre 1972 und 1973 werden erst die Ausführungsprojekte erstellt. Deshalb ist innerhalb des laufenden Jahres nicht mit deren Verwirklichung zu rechnen. Wohl ist es möglich, daß im nächsten Winter in einigen Tälern, wie z.B. im Ahrntal und Sarntal, die örtlichen Unternehmen nicht mehr imstande sind, mit ihren kleinen Zentralen die örtlichen Netze zu versorgen und folglich käme es in den betroffenen Gebieten zur totalen Lähmung des Wirtschaftslebens. Die Provinz beabsichtigt daher, in den kritischsten Punkten den örtlichen Unternehmern vorgefertigte Transformatorcabine zur Verfügung zu stellen, um ihnen auf Grund des Art. 6 des L.G. vom 30. August 1972, Nr. 18 mindestens bis zur Verwirklichung (innerhalb von 1 oder 2 Jahren) der schon programmierten endgültigen Anlagen die erforderliche Zusatzenergie zu liefern. Die vorgefertigten Transformatorcabine sind leicht an einen anderen Ort zu verlegen und können daher später auch anderswo schnell eingesetzt werden.

Der Art. 5 wird die Finanzierung der Anschlüsse von Häusergruppen und einzelnen Häusern im Verteilergelände des ENEL gestatten, das bis jetzt vom Beitrag von seiten der Provinz ausgeschlossen war.

Die Maßnahme wurde für notwendig befunden, da das Staatsgesetz, das dem ENEL Beiträge gewährt, noch nicht refinanziert worden ist.

Der Art. 6 sieht eine Präzisierung im Absatz 3 des Art. 13 des Landesgesetzes vor, um Auslegungszweifel zu vermeiden.

PRESIDENTE: La parola al vicepresidente della terza Commissione legislativa, avv. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 9 ottobre 1973 per esaminare il sopraccitato disegno di legge.

In sostituzione dell'Assessore, Ing. Pasquali, è intervenuto alla seduta un funzionario dell'Assessorato competente, che ha fornito le delucidazioni richieste dai commissari.

I singoli articoli del disegno di legge sono stati approvati all'unanimità e così pure l'istituzione di un nuovo articolo (art. 8) riguardante la clausola dell'urgenza, come qui sotto trascritto:

«La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto Speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

E' fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia».

Il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato all'unanimità.

Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 9. Oktober 1973 zusammengetreten, um über obigen Gesetzentwurf zu beraten.

In Vertretung des Landesrates Ing. Pasquali ist ein Beamte des zuständigen Assessorates zur Sitzung erschienen, der die von den Kommissionsmitgliedern verlangten Erläuterungen gegeben hat.

Die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes sind stimmeneinhellig genehmigt worden; ebenso einstimmig erfolgte die Einführung des nachstehenden neuen Artikels (Art. 8) betreffend die Dringlichkeitsklausel:

„Vorliegendes Gesetz wird im Sinne des Art. 55 des Sonderstatutes für die Region Trentino-Südtirol für dringend erklärt und tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen”.

Der Gesetzentwurf wurde gesamthaltlich mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Generaldebatte. Wer wünscht das Wort? Abg. Mayr.

MAYR (Sekretär - S.V.P.): Herr Präsident, meine verehrten Kollegen! Von der dritten Gesetzgebungskommission, der Kommission für Finanzen, wollte ich einige Fragen geklärt haben, doch war der zuständige Landesrat abwesend, und infolgedessen habe ich es mir vorbehalten, diese Fragen hier zu stellen.

Ich möchte auf die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 18 von 30. August 1972 zurückkommen. Schon bei jener Gelegenheit hat der Unterfertigte erklärt, daß die Anwendung dieses Landesgesetzes in bestimmten Teilen des Landes, in denen sich die Stromlieferung des ENEL mit jener der Etschwerke oder mit anderen Gemeindebetrieben überschneidet, nicht möglich ist. Tatsächlich haben wir bei jener Gelegenheit im Landtag eine Tagesordnung, auf welche ich noch zurückkommen werde, verabschiedet. Über das habe ich nun folgendes zu befinden. Ich bin grundsätzlich einverstanden, das ENEL nicht aufzupolieren, das möchte ich unterstrichen wissen, verstehe aber nicht, warum man das Landesgesetz, das man nun Gott sei Dank im Art. 5 abändert, nicht schon damals so ausgearbeitet hat. Wir wissen, daß durch das Verstaatlichungsgesetz aus dem Jahre 62 in Südtirol etwa 160 sogenannte Elektrogenossenschaften, -konsortien dem ENEL einverleibt worden sind. Bei diesen dem ENEL einverleibten Elektrobetrieben handelt es sich um kleine Verteiler für Gebiete, in welchen ursprünglich die Etschwerke oder andere Elektrobetriebe die Stromlieferung nicht hingebracht haben. Warum dies? Die Etschwerke haben ihr Statut — Städte Bozen und Meran — und haben sich gefragt, wie komme ich dazu, nach Aving z.B. Strom zu liefern, wenn ich dabei 52% Verlust durch die Zuleitung in Kauf nehmen muß. Die betreffenden Fraktionen haben sich zu Konsortien zusammengeschlossen, haben den Strom von den Etschwerken bei einer Kabine X gekauft und dann unter die Mitglieder dieses Konsortiums verteilt. Es ist dann im Jahre 62 das Gesetz von der Verstaatlichung gekommen und diese kleinen Verteiler sind dem ENEL einverleibt worden. Tatsache ist aber, daß der Strom, die

Energie, nach wie vor jener der Etschwerke ist, und daß nur der Verteiler draußen in der Fraktion verwaltungsmäßig der Energiekörperschaft ENEL einverleibt worden ist. Das ENEL hat bisher aufgrund zweier Gesetze, und zwar des Gesetzes 404 über das Industrieministerium und über den Art. 19 des grünen Planes, diese ländlichen Gebiete elektrifiziert. Man wußte bereits im Jahre 72, daß aus dem Gesetz 404 keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, und man wußte auch, wie es mit dem grünen Plan steht. Meines Erachtens hat man damals nicht gut daran getan, diese Gebiete auszuschließen, wenn z.B. die Gemeinde Jenesien im Zentrum Jenesien von den Etschwerke beliefert wird und somit Landesstrom beanspruchen kann, während die Gebiete von Aving oder Glaning vom ENEL beliefert werden und somit das Landesgesetz nicht beanspruchen können. Ich möchte nun an eine Anfrage anknüpfen, die Kollege Gouthier vor Tagen eingereicht hat, in der er Beschwerde führt, daß in der Fraktion Kandelsberg kein Strom usw. geliefert wird. Herr Kollege Gouthier, diese Anfrage hätten Sie auf sehr viele Gebiete ausdehnen können, wie z.B. auf Jenesien, Eggental, Kastelruth, Sarnthein usw. Nun möchte ich fragen: ist man nun mit 30 Millionen Lire, so wie sie im Gesetzentwurf vorgesehen sind, in der Lage, die Gesuche, die auf dem Gesetz 404 und auf dem Art. 19 des grünen Planes beim ENEL behängen und nur kleine Gehöfe und abgelegene Fraktionen betreffen, zu erledigen und welches Programm verfolgt man hier? Ich möchte das gerne erfahren, weil ich weiß, daß sehr viele Gesuche hauptsächlich über den Bauernbund eingereicht worden sind, die bisher von der regionalen Kommission für Elektrifizierung beschlossen und genehmigt worden sind und an das Industrieministerium zwecks Finanzierung aus dem Gesetz 404 oder auch aus dem Art. 19 des grünen Planes weitergeleitet wurden. Es ist der Fall, daß diese Finanzierung seit Jahren ausbleibt; gerade heute wurde mir bekannt, daß ein Bau, der aufgrund des Gesetzes 404 finanziert erschien, wegen des Ausbleibens der Finanzierung eingestellt werden mußte. Ich möchte nun vom zuständigen Landesrat wissen: ist die Landesverwaltung nun in der Lage, mit diesen 30 Millionen die behängenden Gesuche, die das ENEL mangels staatlicher Finanzierung nicht erledigen konnte, in einem bestimmten Programm anzuerkennen oder bedeutet das nur Erledigung der Gesuche aus jenen Gebieten, die vom Landesgesetz effektiv ausgeschlossen worden sind. Falls wirklich nur jene berücksichtigt werden, welche vom Landesgesetz organisch nicht erfaßt werden konnten, bleiben die übrigen Programme

liegen. Das wäre jedoch meines Erachtens nicht richtig. Ich bin nach wie vor dafür, daß man diese Gebiete, die im sogenannten Anschlußbereich des ENEL liegen, mit hineinnimmt, ohne dabei jedoch das ENEL aufzupolieren, weil es sich gerade hier zeigt, daß wir in einem ausgesprochen landwirtschaftlichen Gebiet liegen. Letzten Endes sind diese Gebiete unter die Verstaatlichung gefallen und das ist für sie besonders schwer. Ich habe ein ganzes Verzeichnis, wo solche Ansuchen aufliegen. Jetzt ändert man tatsächlich diesen Art. 5 ab. Ich möchte doch genau wissen, ob dieser Artikel nur die Korrektur des Landesgesetzes ist und so zu verstehen ist, daß nur diese Gebiete, die nicht vom Landesgesetz erfaßt werden, berücksichtigt werden können oder überhaupt nur jene Gesuche, die sich auf die beiden vorhin erwähnten Gesetze beziehen und vom ENEL mangels staatlicher Finanzierung nicht berücksichtigt werden konnten.

Eine andere Frage; hier steht etwas von Transformatorenkabinen: Ist für die Erstellung dieser Transformatorenkabinen im Bebauungsplan eine Freistellung des Geländes erforderlich oder handelt es sich nur um kleine Kabinen, die aufgestellt werden? Falls es sich um Kabinen handelt, so ist normalerweise auch die Ausweisung solcher Einrichtungen im urbanistischen Leitplan erforderlich. Können nun diese verstellbaren Kabinen so ohne weiteres aufgestellt werden oder muß dies im urbanistischen Leitplan vorgesehen werden, wogegen ich Bedenken wegen der Beschleunigung der Prozedur hätte.

Schließlich möchte ich den zuständigen Landesrat folgendes fragen: Wir wissen, daß bei dem Elektrifizierungsprogramm, welches die bisherige Regionalkommission beschlossen hat, die Durchführung rein in der Planung — abgesehen von der Finanzierung — deswegen behindert ist, weil das ENEL nicht über das notwendige Personal verfügt. Wir wissen auch, daß zum Beispiel solche Projektierungen vom ENEL, anstatt sie selbst auszuarbeiten, an Firmen vergeben werden müssen. Es behängen bei mir gerade einige Anfragen über das Personal des ENEL. Es ist den Gewerkschaften bekannt, daß beim ENEL innerhalb 1975 auf staatlicher Ebene nicht weniger als 25.000 Einheiten an Personal eingestellt werden. Das haben die Gewerkschaften mit dem Verwaltungsrat des ENEL und dem Industrieministerium usw. vereinbart. Ich möchte nun ersuchen, daß man als Provinz genau eruiert, welches die entsprechenden Verhältnisse für den Personalbedarf in der Provinz Bozen und welches der voraussichtliche vom Verwaltungs-

rat des ENEL zuerkannte Personalstand sein wird. Ich glaube, das geht jetzt von der Elektrifizierung etwas auf das Problem der Personaleinstellung über, aber es hängt sehr wesentlich mit der Elektrifizierung zusammen.

Wir wissen, daß die Verhandlungen für die Abfindung der Quoten, welche die Großbetriebe, die Großkonzessionäre an die Provinz noch zu leisten haben, noch nicht abgeschlossen sind. An welchem Punkt sind wir hier angelangt? Welche Summen sind hier in Aussicht gestellt? Für welche Zwecke diese Summen in der Landesregierung programmiert sind, möchte ich auch wissen, wobei ich mir vorstellen kann, daß diese Summen wohl in erster Linie der Elektrifizierung zugeführt werden dürften.

Wir haben am 25. Juli vorigen Jahres bei der Verabschiedung des Landesgesetzes Nr. 18 im Landtag eine Tagesordnung einstimmig genehmigt — der zuständige Landesrat wird sich sicherlich daran erinnern —, in welcher wir unter anderem sagen, daß bis zur Regelung des Wassernutzungsplanes keine weitere Konzessionen in anderen Provinzen ausgegeben werden dürften, um so den Wasserkonzessionspiegel in der Provinz Bozen, der sowieso schon beeinträchtigt ist, nicht weiter zu kompromittieren. Ich glaube, diese Frage steht auch im Zusammenhang mit dem Elektrifizierungsproblem und ist für mich deswegen Anlaß, hier bei dieser Gelegenheit den zuständigen Landesrat zu befragen, weil nunmehr nach Übergang des Staatsbauamtes an die Provinz sich sehr viele Bürger beklagen, daß sie dort die Konzessionen nicht mehr erhalten oder daß das Amt für diesen Dienst gesperrt wäre, so heißt es wenigstens, und daß das Staatsbauamt noch in letzter Minute Konzessionsgebühren, die bis zum Jahre 27 und 37 usw. zurückgehen, plötzlich eingehoben hat. Es hat den Anschein als ob der Faule am Abend fleißig würde, und daß man jetzt plötzlich Konzessionen eintreibt, weil man weiß, daß die Materie bereits im Übergang auf die Provinz begriffen ist. Ich möchte hiermit ersuchen, dieser Angelegenheit nachzugehen, um genaue Anweisungen an das Staatsbauamt zu geben, denn es ist untragbar, daß einer ein Ansuchen um eine Beregnungsanlage stellt und vom Staatsbauamt nicht den erforderlichen Bescheid über das Wasserbezugsrecht erhält. In einem solchen Falle kann dann die Finanzierung nicht gewährt werden und mithin stehen wir in einem Gegensatz, da auf der einen Seite ein Amt wohl eine Beitragsgewährung vorsieht, auf der anderen Seite das andere Amt aber nicht den erforderlichen Rechtsbescheid über das Bezugsrecht des Wassers gewähren kann.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente - D.C.): Il collega consigliere Mayr ripropone alcuni temi che sono importanti; ha allargato il suo discorso all'intera competenza, cioè non solo riferita alla materia idroelettrica, che potrebbe essere l'oggetto di questa nostra discussione, ma anche in riferimento alla politica di utilizzazione delle acque pubbliche ed a tutte le remore che sono ancora in corso nel momento del passaggio di competenze dallo Stato alla Provincia. Vorrei premettere il mio intervento con queste considerazioni: quando vengono fatte richieste riferite alla domanda del perché non abbiamo previsto prima alcune cose, io voglio inquadrare la mia risposta sul problema generale, nel senso di ricordare al collega Mayr ed all'intero Consiglio le difficoltà enormi che abbiamo dovuto superare per far approvare una legge rivoluzionaria, assolutamente innovativa, da un punto di vista politico estremamente pesante da portare avanti, e come quindi in quella sede, pur avendo stabilito le innovazioni che siamo riusciti ad ottenere nell'ambito della legge, abbiamo dovuto prevedere delle limitazioni che erano ben presenti alla nostra attenzione. Sappiamo anche noi che in questo modo si veniva a determinare una certa disparità di trattamento fra alcune zone della provincia ed altre, cioè la nostra impossibilità di intervenire, e questo volutamente, nelle zone approvvigionate dall'ENEL. Non è stata una nostra manchevolezza, ma è stata proprio una condizione che ci siamo proposti di considerare in relazione alla difficoltà di stabilire un rapporto e quindi di vedere eventualmente non approvata la legge. Sappiamo d'altra parte cosa ci sia ancora in gioco con la misura 118: è tutto un settore, questo dell'approvvigionamento idroelettrico, che è in fase di completo esame e che troverà il suo completamento non appena sapremo la fine che faranno le nostre sollecitazioni in riferimento alla misura 118. Quindi, è evidente che le prime condizioni di questa legge sono fondamentalmente di carattere politico, cioè di non inserire nella stessa norma che avrebbero resa impossibile l'approvazione. E' già stato un fatto politicamente molto importante essere riusciti ad ottenere il visto su questa legge; ma se avessimo voluto inserire anche la possibilità di approvvigionamento di piani di elettrificazione in zone provviste dall'ENEL, in quel momento, avendo ancora da definire la misura 118, questo fatto avrebbe rappresentato uno scontro senza dubbio insuperabile. Vorrei che questo fosse compreso molto chiaramente, perché questa è la realtà.

Siamo perfettamente d'accordo che per effetto di questa condizione ci sono zone approvvigionate dall'ENEL dove il nostro intervento è reso impossibile e quindi quelle popolazioni non godono della possibilità che noi usiamo nei confronti di altre popolazioni non approvvigionate dall'ENEL. Quindi, anche in questo caso abbiamo riflettuto lungamente in Giunta se riproporre ancora una volta, anche per i piani di elettrificazione, la possibilità di intervento della Provincia in zone approvvigionate dall'ENEL, ma ci siamo trovati di fronte alla stessa difficoltà di ordine politico di allora. Dico chiaramente che ci sentiamo di correre il rischio di aggiungere che per gli allacciamenti sia l'ENEL a farli, perché riteniamo che questo non squilibri il contenuto della legge già approvata. E' questa la ragione per cui proponiamo questo ulteriore emendamento, anche se il nostro maggiore intervento in questi settori comporta maggiori spese. La disponibilità di spesa è sempre quella del provento finanziario e dell'assegnazione di bilancio prevista dalla legge.

Tra il resto, potevamo anche avere la speranza che la legge n. 404 nel 1972 venisse rifinanziata dall'ENEL, ma questo non è avvenuto. Nella definizione dei programmi di elettrificazione finanziati dalla Provincia abbiamo anche tenuto conto delle promesse di finanziamento dei piani FEOGA. Evidentemente non potevamo permetterci il lusso di perdere quel finanziamento per inserirlo a tutti i costi nei nostri programmi, quindi siamo stati costretti — credo molto ragionevolmente, predisponendo dei programmi precisi — a tenere in considerazione anche questo fatto.

Per quanto riguarda i 30 milioni, questi sono destinati esclusivamente non alla copertura di maggiori oneri che possono avvenire per allacciamenti singoli, perché quelli li dovremo comunque attingere dagli stanziamenti generali della legge, ma servono esclusivamente per la dotazione delle piccole cabine elettriche di trasformazione, che consentono praticamente di anticipare l'attuazione dei progetti che sono in fase di elaborazione. Questi progetti prevedono stabilmente la cabina di trasformazione e gli allacciamenti necessari, solo che la elaborazione di questi progetti sta presupponendo dei tempi più lunghi di quanto noi stessi prevedevamo. Le assegnazioni di contributo le abbiamo decise immediatamente dopo ogni stanziamento di bilancio, però i Comuni hanno delle difficoltà riferite alla progettazione. Ci accorgiamo che in alcune zone il disagio può diventare grande. Nella relazione abbiamo parlato soprattutto della valle

Aurina e della val Sarentino, dove veramente si può presupporre che se entro questo inverno non interveniamo in qualche modo possono essere messi in crisi gli approvvigionamenti elettrici alle popolazioni.

Questa è la ragione per cui non facendo ancora il programma di elettrificazione, ma mettendo in sito delle cabine prefabbricate molto semplici — successivamente saranno tolte, quando cioè sarà definito ed attuato il piano di elettrificazione —, abbiamo la possibilità di stabilire l'allacciamento, prelevare l'energia dai concessionari e distribuirla alla popolazione. Questo è il punto più importante del disegno di legge, cioè la possibilità di un sollecito e pronto approvvigionamento nei casi di maggiore gravità.

Mi pare di aver chiarito sufficientemente il quadro per quanto si riferisce alle indicazioni della legge, cioè ci sono due innovazioni: la prima che ho già citato, e la seconda, che rappresenta un notevole passo in avanti rispetto alla situazione precedente, ovvero di permettere gli allacciamenti singoli anche su richiesta dell'ENEL. Non ci siamo sentiti di allargare la possibilità di proporre piani di elettrificazione anche nelle zone approvvigionate dall'ENEL, perché riteniamo che sia ancora estremamente pericoloso indicare questa possibilità. Dico questo a ragion veduta, perché ho cercato di avere parte attiva in una trattativa in corso per quanto riguarda la misura 118, rendendomi conto che questo era un passo troppo azzardato. Ci sono poi le difficoltà di ordine finanziario, perché, quando noi ammettessimo la possibilità di programmi di elettrificazione anche nelle zone provviste dall'ENEL, occorrerebbero altri miliardi.

Circa il personale, il consigliere Mayr sa che mi ha rivolto delle interrogazioni ed io risponderò in quella sede. In questo momento non ho i dati precisi qui con me, ma posso solo assicurare che siamo intervenuti nei confronti dell'ENEL. Abbiamo inviato delle lettere per chiedere chiarimenti, soprattutto per quanto riguarda la richiesta alla quale si riferiva il collega Mayr, vale a dire di farci avanti per quanto riguarda il fabbisogno di personale in provincia di Bolzano. Anche questo problema è un po' legato al quadro generale che deriverà dalla misura 118.

Il collega Mayr ha fatto riferimento anche all'ex art. 10. C'è stato un momento in cui la Provincia di Bolzano, quella di Trento e la Regione, soprattutto per nostra sollecitazione, hanno intrapreso una trattativa con l'ENEL ed eravamo molto

vicini ad una conclusione. Secondo le proposte che noi, come Giunta provinciale, eravamo disposti ad accettare, ma che devono ancora trovare un riscontro definitivo in sede di ENEL, si era arrivati ad un indennizzo di circa 800 milioni all'anno, che per 11 anni, tenuto conto degli interessi, dovrebbe corrispondere ad una cifra complessiva a favore della Provincia di Bolzano di circa 5 miliardi. A conclusione di questa trattativa andata a buon fine, disporremo di circa 5 miliardi. A livello di Giunta non abbiamo ancora fornito una destinazione per questo importo, quindi non sono ora nelle condizioni di dire quale destinazione potrà avere la somma. E' evidente, per quanto mi riguarda, che questo importo non dovrebbe discostarsi da una linea politica secondo la quale la destinazione di questi soldi dovrebbe essere in funzione della finalità per la quale vengono dati. Quindi, non è che li possa spendere per altri scopi, ma sarà compito della Giunta provinciale risolvere questo problema.

Infine, il collega Mayr ha chiesto delucidazioni per quanto riguarda le concessioni d'acqua, riferendosi a due problemi: il primo, se noi stiamo intervenendo affinché il patrimonio idrico del nostro territorio non venga male utilizzato a valle. Su questo ho già avuto modo di esprimere un nostro punto di vista in risposta ad un'interrogazione del collega Mayr stesso, dove ho detto che per quanto ci consta le concessioni che sono state date a valle — adesso bisognerebbe nuovamente verificare — riguardavano utilizzazioni per acque potabili. In questo caso non abbiamo molte possibilità di dichiarare un nostro dissenso. Per quanto riguarda invece l'altro problema riferito alle concessioni, che sappiamo essere in corso, come i colleghi sanno si tratta di circa 8, 10.000 concessioni, che attendono di essere perfezionate. Purtroppo ci troveremo di fronte alla situazione, una volta che la competenza passerà alla Provincia, in termini di consegna ecc., che in 24 ore queste concessioni vengano definite. Non so se ci rendiamo conto cosa significherà anche come sforzo organizzativo mettere ordine in queste questioni. Comunque, anche in questo caso siamo intervenuti nei confronti del Genio Civile, in quanto questi aveva detto che non concedeva più alcuna concessione e neppure l'istruttoria della pratica. In quella sede abbiamo detto che, in attesa del passaggio delle competenze, non è giusto che il Genio Civile si comporti così, dato che le pratiche con una certa esigenza particolare di essere istruite dovevano proseguire il loro iter, perché non era giusto assistere alla paralisi completa in questo campo.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE: Rag. Silvio VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN: NICOLODI

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? Nessuno. La discussione generale è chiusa. Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato all'unanimità.

Art. 1

All'art. 1, secondo comma della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, le parole «da consegnare all'officina di produzione o sulla linea di trasporto o di distribuzione» sono sostituite dalle parole «da consegnare all'officina di produzione o sulla linea di trasporto e di distribuzione».

Chi chiede la parola sull'art. 1? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 2

L'ultimo comma dell'art. 11 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, è sostituito dal seguente:

«Il termine di prescrizione per il conguaglio degli errori di liquidazione, nonché il conguaglio per modifiche o rettifiche della potenza nominale media di concessione è quello stabilito dalle leggi statali in materia».

Chi chiede la parola sull'art. 2? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 3

L'ultimo comma dell'art. 12 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, è sostituito dal seguente:

«Il compenso unitario dovuto e non pagato in tutto o in parte nei termini e nei modi prescritti dalla presente legge e gli interessi moratori sono recuperati secondo le procedure previste dal R.D. 14 aprile 1910, n. 639, ed eventuali successive modifiche ed integrazioni».

E' stato presentato un emendamento dalla Giunta all'art. 3 che dice: «Sostituire le parole «ed eventuali successive» con le parole «e successive».

Chi chiede la parola sull'emendamento? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato all'unanimità. Metto in votazione l'art. 3 così emendato: approvato all'unanimità.

Art. 4

All'art. 8 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, al primo comma, viene aggiunta la seguente lett. d):

«Per rendere possibile il ritiro di energia elettrica dai concessionari, nei casi di urgenza, l'Amministrazione provinciale può provvedere direttamente all'acquisto ed all'esecuzione di impianti di trasformazione e relative opere di allacciamento per metterli a disposizione delle imprese elettriche locali, di cui al secondo comma dell'art. 6 della presente legge».

E' stato presentato un emendamento dalla Giunta all'art. 4 che dice: «Modificare il testo dopo le parole «la seguente lett. d)»: «a provvedere direttamente all'acquisto ed all'esecuzione di impianti di trasformazione e relative opere di allacciamento per metterli a disposizione delle imprese elettriche locali di cui al secondo comma dell'art. 6 della presente legge, al fine di rendere possibile, nei casi di urgenza, il ritiro di energia elettrica dai concessionari».

Chi chiede la parola? Assessore Pasquali.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente - D.C.): La sostanza è identica a quella contenuta nell'art. 4 della legge, ma per rendere questa lettera anche coerente con la forma dell'art. 8 della legge è stato presentato l'emendamento.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: approvato all'unanimità. Metto in votazione l'articolo emendato: approvato all'unanimità.

Art. 5

Al quarto comma dell'art. 9 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, dopo le parole «le domande relative all'attuazione di allacciamento di nuclei e case sparse possono essere presentate dalle imprese distributrici, di cui al secondo comma dell'art. 6», vengono aggiunte le parole «nonché dall'ENEL».

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 5: approvato all'unanimità.

Art. 6

Al terzo comma dell'art. 13 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18, dopo le parole «per

finanziare i piani di elettrificazione», vengono aggiunte le parole «nonché gli allacciamenti di nuclei e case sparse».

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 6: approvato all'unanimità.

Art. 7

Per gli scopi dell'art. 4 della presente legge, la spesa massima autorizzata per l'anno 1973 è di lire 30 milioni.

Alla copertura dell'onere di lire 30 milioni, a carico del corrente esercizio finanziario, si provvede con il gettito delle entrate in attuazione degli artt. 1 e 6 della legge provinciale 30 agosto 1972, n. 18.

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 7: approvato all'unanimità.

Art. 8

La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto Speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

E' fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'art. 8: approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung)

Esito della votazione: 19 votanti, 19 sì. La legge è approvata.

Secondo punto all'ordine del giorno: «Disegno di legge provinciale n. 211/73: «Istituzione delle qualifiche dirigenziali e concessione al personale provinciale di un assegno perequativo».

Punkt 2 der Tagesordnung: „Landesgesetzentwurf Nr. 211/73: „Einführung der leitenden Beamtenränge und Gewährung der Ausgleichszulage an das Landespersonal“.

(Bericht der Landesregierung, eingebracht vom Landeshauptmann - Relazione della Giunta provinciale presentata dal Presidente della Giunta)

Sehr geehrte Herren Abgeordnete!

Mit vorliegendem Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesverwaltung, unter anderem und wenigstens teilweise der aus Art. 35 des Landesgesetzes Nr. 4 vom 21. Februar 1972 erwachsenen Verpflichtung nachzukommen, wie sie sich aus dem Wortlaut der mit Art. 2 des Landesgesetzes Nr. 32 vom 3. Dezember 1972 durchgeführten Abänderungen ergibt. Diese Gesetzesbestimmung setzt in erster Linie fest, daß auf die leitenden Beamten der obersten Ränge der Landesverwaltung die Bestimmungen nach Art. 16/bis, Buchst. a), und Art. 16/ter des Staats-Ermächtigungsgesetzes vom 18. März 1968, Nr. 249, und der nachfolgenden Abänderungen auszudehnen sind. Der Staat hat genannte Bestimmungen bereits zur praktischen Anwendung gebracht, und zwar durch den Erlaß des D.P.R. Nr. 748 vom 30. Juni 1972, welches die Ränge der leitenden Beamten der öffentlichen Verwaltung eingeführt und die entsprechende rechtliche Stellung und Besoldung geregelt hat.

Auf Grund der einschlägigen staatlichen Regelung werden auch bei der Landesverwaltung die Ränge der leitenden Beamten eingeführt, die vorläufig auf die ersten beiden Grade der höheren Laufbahn der Landesrangordnung (Generaldirektor und Generalinspektor) beschränkt werden und wobei jenen dieselbe alles umfassende Besoldung zuerkannt wird, wie sie für die entsprechenden staatlichen Ränge in Kraft ist. Die übrigen Ränge der leitenden Beamten (die derzeitigen Ressortleiter) können allenfalls bei der Neuordnung der Ämter und der Stellenpläne im Zusammenhang mit dem Übergang des Personals des Staates, der Region und anderer öffentlicher Körperschaften auf die Landesstellenpläne auf Grund der Durchführungsbestimmungen zum neuen Autonomiestatut geschaffen und geregelt werden.

Der Staat ist aber nun dabei, die Besoldung aller seiner Bediensteten neu zu regeln. Tatsächlich hat der Ministerrat infolge der zwischen der Regierung und den Gewerkschaften erfolgten Vereinbarungen bereits im vergangenen Monat August einen Gesetzentwurf genehmigt, mit dem einerseits sämtliche bei der öffentlichen Verwaltung bezogenen Sonderzulagen abgeschafft, andererseits aber allen Angestellten der öffentlichen Verwaltung als Ersatz aller obgenannter Zulagen eine auf die Pension anrechenbare Ausgleichszulage (*assegno perequativo*) in einer nach Laufbahn, Rang und Entlohnungsgruppenwert (Parameter) abgestuften Höhe gewährt wird.

Dies wird, wie aus dem Bericht der Regierung zum Gesetzentwurf entnommen werden kann, mit der Absicht getan, um „jenen von den Bediensteten selbst verlangten Besoldungsausgleich einzuleiten, der dazu dienen soll, den Grundsatz der Klarheit durch Ausschaltung der zwischen verschiedenen Verwaltungen und zwischen den Ämtern derselben Verwaltung bestehenden krassen Besoldungsunterschiede zu verwirklichen, die Mißgunst und Neid erwecken und sich auf die normale Abwicklung der Verwaltungstätigkeit auch in leistungsmäßiger Hinsicht auswirken“.

Im gleichen Sinne und mit demselben Ziel will nun die Landesverwaltung ihren nicht leitenden Angestellten gegenüber handeln, indem sie die Ausgleichszulage in gleicher Höhe und Art, wie sie im Gesetzentwurf des Staates, der bereits beim Parlament zur Behandlung vorliegt, vorgesehen ist, auf ihre Angestellten ausdehnt. Diese Ausgleichszulage ist dem unterrichtenden und nicht unterrichtenden Schulpersonal jeder Ordnung und jeden Grades bereits mit dem Gesetz vom 30. Juli 1973, Nr. 477, gewährt worden. Bekanntlich wird das staatliche Verwaltungspersonal der Schulen der Provinz Bozen (ca. 850 Angestellte) in naher Zukunft in die unmittelbare Abhängigkeit der Landesverwaltung übergehen; der entsprechende Gesetzentwurf befindet sich schon in Ausarbeitung.

Dies vorausgeschickt, wird nachstehend auf die einzelnen Artikel eingegangen:

Mit Art. 1 des vorliegenden Gesetzentwurfes werden die Ränge des leitenden Landespersonals eingeführt, die bis zur allgemeinen Neuordnung der Ämter und Stellenpläne auf die derzeitigen Ränge eines Generaldirektors und eines Generalinspektors beschränkt werden. Die Besoldung und die Einzelheiten für deren Bemessung sind jene, die für die entsprechenden staatlichen Ränge vorgesehen sind.

Art. 2 bestimmt, daß die leitenden Beamten in Fällen von besonderen Diensterfordernissen verpflichtet sind, bis zu zehn Wochenstunden Überstunden zu leisten, ohne dabei Anspruch auf ein entsprechendes Entgelt zu haben.

Art. 3 betrifft die neue Besoldung des leitenden Personals.

Art. 4 stellt eine neue und klarere Regelung bezüglich des Dienstalters dar, das für die Zuerkennung der dem Rang eines Hauptamtswartes und gleichgestelltem Rang entsprechenden Besoldung notwendig ist.

Art. 5 verfügt die Gewährung der Ausgleichszulage an das nicht leitende Landespersonal. Auch

in diesem Fall sind Höhe und Einzelheiten der Bemessung völlig mit jenen identisch, die für die Staatsangestellten vorgesehen sind.

Art. 6 untersagt die Auszahlung an das gesamte Landespersonal von Zulagen oder Bezügen jeglicher Art sowohl zu Lasten des Landeshaushaltes als auch anderer Körperschaften, zusätzlich zur allgemeinen gehörenden Besoldung. Außerdem wird festgesetzt, daß, falls bei anderen Körperschaften die Zahlung von Präbenden an genanntes Personal für Dienstleistungen in der Eigenschaft von Landesangestellten oder in Vertretung des Landes vorgesehen ist, diese Präbenden jeglicher Art und Höhe dem Landeshaushalt zufließen müssen. Gleichzeitig wird verfügt, daß das Personal, welches früher die gegenständlichen Zulagen bezogen hat, verpflichtet ist, weiterhin jene Dienste zu versehen, für welche die genannten Zulagen vorgesehen waren.

Art. 7 enthält Bestimmungen zu den im Zusammenhang mit den verschiedenen Ablaufzeiten der neuen Besoldung notwendigen Ausgleichsmaßnahmen.

Art. 8 verfügt die einstweilige Beibehaltung des allfälligen Mehrbetrages der bisher bezogenen, gegenüber der auf Grund der Anwendung dieses Gesetzes gebührenden Besoldung als persönliche Zuwendung, die durch spätere, unter jeglichem Titel oder wegen Vorrückung in der Laufbahn erfolgenden Gehaltsaufbesserungen wieder ausgeglichen wird. Dies ist andererseits zu einer Gepflogenheit geworden, auch um den Übergang vom alten zum neuen Besoldungssystem zu erleichtern.

Mit Art. 9 werden alle derzeitigen Sonderzulagen sowie eine Zulage allgemeiner Natur aufgehoben.

Art. 10 regelt vorübergehend die Ernennung zum Leiter höheren Ranges, die weiterhin nach jenen Bestimmungen durchgeführt wird, welche die Ernennungen zum derzeitigen Rang eines Generalinspektors regeln.

Art. 11 bestimmt, daß bis zum Inkrafttreten der Neuordnung der Ämter und der Stellenpläne die drei Vertreter des Personals im Verwaltungsrat weiterhin auf Vorschlag der Gewerkschaftsverbände des Landespersonals ernannt werden. Dies geschieht vor allem, um dem Personal des Staates, der Region und der anderen öffentlichen Körperschaften, das in die Landesstammrollen übergehen wird, die Möglichkeit zu geben, an der Ernennung der Vertreter nach der in den Landesgesetzen festgelegten Vorgangsweise durch Wahl teilzunehmen.

Art. 12 bestimmt, daß die neue Regelung für die Zuerkennung der dem Rang eines Hauptamtswartes und gleichgestellten Rängen der einfachen Laufbahn entsprechenden Besoldung (siehe Art. 4) auf die Straßenwärter angewandt wird, die auf Grund des Art. 7 des Landesgesetzes vom 2. März 1973, Nr. 9 wieder in die neuen Entlohnungsgruppenwerte eingestuft werden.

Art. 13 verlängert die Wirkung zweier Übergangsbestimmungen, die in einem früheren Landesgesetz enthalten waren, bis zum 31. Dezember 1974; diese ermöglichen eine Aufnahme durch Berufung und die Einfügung in den Stellenplan von Verwaltungs- und technischem Personal, welches eine besondere Ausbildung mitbringt und außerordentlichen Diensterfordernissen der Landesämter für Wirtschaftsplanung und Raumordnungsplan gerecht werden kann.

In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die bei der Suche nach solchem Personal auftreten, hält es die Verwaltung für angebracht, die Wirkung dieser Bestimmungen, welche sonst Ende dieses Jahres erlöschen würde, bis Ende 1974 zu verlängern.

Art. 14 verfügt, daß die für die Zulassung zum Forstaufseherlehrgang vorgesehenen Wettbewerbe laut L.G. Nr. 33 vom 7. September 1973 nach Titeln und Prüfungen und nicht nur mittels Prüfungen durchzuführen sind.

Art. 15 und 16 geben die Mittel zur finanziellen Deckung der aus der Anwendung dieses Gesetzes erwachsenden Ausgaben an.

Es folgt schließlich eine Aufstellung der einzelnen Beträge der Ausgleichszulage, wie sie an das nicht leitende Personal auszuzahlen ist.

Die Herren Abgeordneten werden ersucht, den vorliegenden Gesetzentwurf zu genehmigen.

Signori Consiglieri,

con il presente disegno di legge l'Amministrazione provinciale intende adempiere, tra l'altro e almeno in parte, l'obbligo scaturente dall'art. 35 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, nel testo risultante dalla modifica apportata dall'art. 2 della legge provinciale 3 dicembre 1972, n. 32. Tale precetto legislativo stabilisce, innanzitutto, che ai funzionari direttivi dell'Amministrazione, dei gradi più elevati, sono da estendere le norme di cui agli artt. 16/bis, lett. a), e 16/ter della legge delega statale 18 marzo 1968, n. 249, e successive modifiche.

Già lo Stato ha dato pratica attuazione a dette norme con l'emanazione del D.P.R. 30 giugno 1972, n. 748, il quale ha istituito le qualifiche dirigenziali della pubblica amministrazione, disciplinandone il relativo stato giuridico e trattamento economico.

Sulla base di quanto previsto dalla disciplina statale in materia, vengono istituite anche in Provincia le qualifiche dirigenziali, limitandole, per ora, ai primi due gradi della carriera direttiva della gerarchia provinciale (direttore generale e ispettore generale) e attribuendo loro il medesimo trattamento economico previsto per le corrispondenti qualifiche statali. Le altre qualifiche dirigenziali (a livello degli attuali direttori di divisione) potranno eventualmente essere individuate e disciplinate in sede di ristrutturazione degli uffici e degli organici del personale, connessa con il passaggio di personale statale, della Regione e di altri enti pubblici nei ruoli provinciali, in esecuzione delle norme di attuazione del nuovo statuto di autonomia.

Senonché lo Stato sta ora provvedendo a rivedere il trattamento economico di tutti gli altri suoi dipendenti. Infatti, a seguito di accordi intercorsi tra Governo e sindacati, il Consiglio dei ministri ha già approvato nello scorso agosto un disegno di legge con il quale, mentre da un lato vengono abolite tutte le indennità in godimento a titolo particolare presso la pubblica amministrazione, si concede dall'altro a tutti i pubblici dipendenti un assegno perequativo pensionabile, sostitutivo di tutte le indennità predette, in misura variabile in relazione alla carriera di appartenenza e alla qualifica e parametro rivestiti. Ciò, come è dato evincere dalla stessa relazione governativa al disegno di legge, viene fatto con l'intento di «dare avvio a quella perequazione retributiva richiesta dai dipendenti stessi e volta a realizzare il principio della chiarezza attraverso la eliminazione di stridenti disparità di trattamento fra le varie Amministrazioni e fra uffici della stessa Amministrazione, che sono foriere di gelosia e di invidie ed incidono sul normale funzionamento e, quindi, sulla stessa efficienza dell'azione amministrativa».

Con lo stesso spirito e con i medesimi fini l'Amministrazione provinciale intende operare nei confronti dei propri dipendenti non dirigenziali, estendendo loro l'assegno perequativo nella stessa misura e con le medesime modalità previste dal disegno di legge statale già all'esame del Parlamento. Tale assegno perequativo, peraltro, è già stato concesso al personale insegnante e amministrativo della scuola di ogni ordine e grado con la legge

30 luglio 1973, n. 477. Come è noto, il personale amministrativo statale della scuola della provincia di Bolzano passerà in un futuro molto prossimo alle dirette dipendenze dell'Amministrazione provinciale (circa 850 impiegati) e si sta sin d'ora approntando il relativo disegno di legge.

Sulla base di tali premesse:

Con l'art. 1 del presente disegno di legge vengono istituite le qualifiche dirigenziali provinciali, limitandole, fino al riordinamento generale degli uffici e degli organici, alle attuali qualifiche di direttore generale e ispettore generale. Il trattamento economico e le modalità di corresponsione sono quelli previsti per le corrispondenti qualifiche statali.

L'art. 2 prescrive che i funzionari dirigenziali, in dipendenza di maggiori prestazioni derivanti da particolari esigenze di servizio, sono tenuti a prestare fino ad un massimo di dieci ore settimanali di lavoro straordinario, senza diritto al relativo compenso.

L'art. 3 è conseguenza del nuovo trattamento economico spettante al personale dirigenziale.

L'art. 4 detta una nuova e più chiara disciplina in merito all'anzianità necessaria per l'attribuzione del trattamento economico connesso con la qualifica di commesso capo, ed equiparate, ai commessi ed equiparati.

L'art. 5 dispone la concessione dell'assegno perequativo al personale provinciale non dirigenziale. Anche in questo caso la misura e le modalità di corresponsione sono del tutto identiche a quelle previste per gli impiegati dello Stato.

L'art. 6 vieta la corresponsione di indennità o compensi di sorta a tutto il personale provinciale, sia a carico del bilancio provinciale che di altri enti, in aggiunta alla normale retribuzione dovuta con carattere di generalità. Viene, inoltre, stabilito che, qualora gli ordinamenti di altri enti prevedano la corresponsione di prebende a favore di detto personale per l'opera resa in qualità di impiegati della Provincia o in rappresentanza di essa, le prebende stesse, di qualsiasi natura od importo, devono essere versate nel bilancio provinciale. Contemporaneamente si dispone che il personale che ha sin qui fruito di dette indennità deve continuare a rendere le medesime prestazioni per le quali le indennità stesse furono a suo tempo istituite.

L'art. 7 detta norme circa le necessarie operazioni di conguaglio, in relazione alle diverse decorrenze del nuovo trattamento economico.

L'art. 8 dispone di conservare transitoriamente come assegno ad personam, da riassorbire in sede di futuri miglioramenti economici a carattere generale o per progressione in carriera, la eventuale eccedenza fra il trattamento economico sin qui percepito e quello derivante dall'applicazione della presente legge. Ciò, d'altronde, costituisce una prassi costante in materia, anche al fine di agevolare il trapasso dal vecchio al nuovo sistema retributivo.

L'art. 9 abroga tutte le indennità a carattere particolare e una a carattere generale, previste dall'attuale legislazione provinciale.

L'art. 10 disciplina, in via provvisoria, le nomine alla qualifica di dirigente superiore, le quali continueranno ad essere effettuate secondo le norme che regolano quelle relative all'attuale qualifica di ispettore generale.

L'art. 11 stabilisce che, fino all'entrata in vigore del nuovo ordinamento degli uffici e degli organici, i tre rappresentanti del personale in seno al consiglio di amministrazione continueranno ad essere nominati su designazione dei direttivi dei sindacati dei dipendenti provinciali. Ciò, soprattutto, per dar modo anche al personale statale, regionale e degli altri enti pubblici che transiterà nei ruoli provinciali, di partecipare alla procedura per la nomina dei rappresentanti stessi, secondo il metodo elettivo sancito dalla legislazione provinciale.

L'art. 12 dispone che la nuova disciplina dettata per il conferimento del trattamento economico connesso con la qualifica di commesso capo, ed equiparate, della carriera ausiliaria (vedi precedente art. 4) si applica nei riguardi del personale cantoniere che sarà reinquadrato nei nuovi valori parametrici, in base a quanto disposto dall'art. 7 della legge provinciale 2 marzo 1973, n. 9.

L'art. 13 proroga fino al 31 dicembre 1974 gli effetti di due norme transitorie di una precedente legge provinciale; esse consentono l'assunzione per chiamata e l'inquadramento in ruolo di personale amministrativo e tecnico dotato di particolari requisiti professionali, che possa fronteggiare le eccezionali esigenze del servizio della programmazione economica e del coordinamento territoriale provinciale. Stante l'enorme difficoltà di poter reperire detto personale, l'Amministrazione ritiene di dover prorogare la validità delle norme stesse, che altrimenti scadrebbe alla fine del corrente anno, fino a tutto il 1974.

L'art. 14 dispone che i concorsi pubblici per l'ammissione al corso per guardie forestali, di cui

alla legge provinciale 7 settembre 1973, n. 33, sono effettuati per titoli ed esame, e non soltanto per esame.

Gli artt. 15 e 16 indicano i mezzi di copertura finanziaria della spesa derivante dall'applicazione della presente legge, nonché le relative variazioni di bilancio.

Segue, infine, la tabella relativa agli importi dell'assegno perequativo da corrispondere al personale non dirigenziale.

Si raccomanda l'approvazione del presente disegno di legge.

La parola al Presidente della prima Commissione legislativa.

LEURINI (D.C.): La prima Commissione legislativa si è riunita il giorno 10 ottobre 1973 per esaminare il suddetto disegno di legge.

Dopo l'illustrazione del provvedimento da parte del segretario della Giunta provinciale, dott. Anton Romen, intervenuto alla seduta in rappresentanza del Presidente della Giunta provinciale, la Commissione ha approvato a maggioranza di voti ed una astensione i singoli articoli del disegno di legge.

Il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato con 4 voti favorevoli ed una astensione.

Die erste Gesetzgebungskommission ist am 10. Oktober 1973 zusammengetreten, um den gegenständlichen Gesetzentwurf zu behandeln.

Zur Sitzung erschien in Vertretung des Landeshauptmannes der Sekretär der Landesregierung, Dr. Anton Romen, welcher den Gesetzentwurf erläuterte.

Die Kommission hat hierauf die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes mit 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

Der Gesetzentwurf wurde gesamthaltlich mit 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

PRESIDENTE: La parola al vicepresidente della terza Commissione.

AGOSTINI (P.L.I.): La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 9 ottobre 1973 per esaminare il sopracitato disegno di legge.

Dopo la lettura dell'articolo riguardante la copertura finanziaria della legge, il consigliere Mayr ha espresso le sue preoccupazioni circa la prossima scadenza della legge regionale sull'esodo dei funzionari, che renderebbe vacanti posizioni dirigenziali nell'apparato burocratico regionale, personale che attualmente è impegnato a svolgere anche funzioni per la Provincia di Bolzano. Egli ha auspicato una modifica, affinché la legge regionale abbia applicazione fino alla scadenza dell'analoga legge nazionale, cioè il giugno 1975, ferma restando la scadenza per la presentazione delle domande al 31 gennaio 1974.

La Commissione ha accertato, quindi, la copertura finanziaria del disegno di legge e pertanto ha dato il suo parere favorevole all'unanimità.

Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 9. Oktober 1973 zur Beratung des obenerwähnten Gesetzentwurfes zusammengetreten.

Nach Verlesung des Artikels betreffend die finanzielle Deckung des Gesetzes hat der Abg. Mayr seine Bedenken hinsichtlich des bevorstehenden Ablaufes der Gültigkeitsdauer des Regionalgesetzes über den vorzeitigen Austritt der Beamten aus dem Dienst ausgesprochen, wodurch in der Regionalverwaltung Stellen für leitendes Personal frei würden, dem zur Zeit auch Obliegenheiten für die Provinz Bozen übertragen sind. Abg. Mayr hat die Hoffnung auf eine Abänderung ausgesprochen, damit das Regionalgesetz bis zum Ablauf des ähnlichen Staatsgesetzes wirksam bleibt, d.h. bis zum Juni 1975, wobei jedoch der für den 31. Januar 1974 festgesetzte Termin für die Einreichung der Gesuche aufrecht bleibt.

Nachdem die Kommission festgestellt hat, daß für den Gesetzentwurf die finanzielle Deckung besteht, hat sie einstimmig das zustimmende finanzielle Gutachten dazu abgegeben.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Consigliere Gouthier.

GOUTHIER (Segretario - P.C.I.): Credo che per valutare l'importanza di una legge occorra anche considerare l'ammontare della spesa; ed un disegno di legge che prevede per il prossimo anno un aumento di spesa corrente di 860 milioni, penso che debba far riflettere, che debba essere oggetto

di un'attenta meditazione da parte del Consiglio. E' una spesa destinata ai dipendenti della Provincia, una spesa, a quanto è stato riferito in Commissione, per cui in sostanza si arriva ad un minimo di retribuzione netta di 200.000 lire — relata refero, perché non ho tempo né capacità di abbandonarmi a calcoli che molte volte sono complessi — e ad un massimo di 600.000 lire nette, più gli scatti e gli assegni familiari. Penso che la legge in sé e per sé e queste retribuzioni in sé e per sé considerate non possono essere oggetto nella loro complessività di eccessive contestazioni, perché se il costo della vita è quello che è, il tasso inflazionistico è quello che è, retribuzioni di questo livello, di fronte ad episodi che conosciamo di superliquidazioni, di superpensioni, di superretribuzioni cui non corrisponde una prestazione di lavoro effettivo, al di là di casi particolari, non possono essere oggetto di eccessiva contestazione.

Io intendo, fare però, alcuni rilievi di carattere generale. Ogni legge sul personale, legge globale e complessiva come è questa legge, ed ogni legge che comporta una spesa di queste dimensioni, mi sembra che solleciti due tipi di considerazioni: una relativa all'equilibrio interno tra le varie categorie dei dipendenti, ed una che riguarda l'equilibrio esterno tra i dipendenti di un certo ente pubblico, in questo caso della Provincia, ed i lavoratori in senso lato, generale. Equilibrio interno tra categorie e categorie: noi assistiamo spesso, all'interno dei dipendenti degli enti pubblici, a squilibri notevoli di retribuzione tra i gradi più bassi e quelli più elevati. Non sono mai stato un fautore di un egualitarismo aprioristico; io sono stato un fautore piuttosto di diversificazioni di retribuzione collegate alle mansioni effettivamente svolte. Mi sono battuto ripetutamente, sia nelle Commissioni, sia in Consiglio, perché i quadri tecnici qualificati, quindi il personale destinato all'urbanistica soprattutto, che è difficilmente reperibile, avesse una retribuzione adeguata, più adeguata ed anche maggiore dei corrispondenti quadri di livello amministrativo. E' mio orientamento quello di far sì che la retribuzione sia rapportata alle mansioni effettivamente svolte, privilegiando, se vogliamo, i quadri tecnici rispetto a quelli amministrativi.

Non possiamo però non renderci conto come accanto a questo tipo di problemi, cioè di equa distribuzione degli stipendi all'interno di una categoria, oggi sorgono sempre più e con maggiore insistenza problemi di equilibrio esterno tra categorie del settore dei pubblici dipendenti ed anche tra categorie dei pubblici dipendenti da una parte e

dei dipendenti privati. Noi sappiamo benissimo come una variazione delle situazioni dei dipendenti pubblici della Provincia metta in movimento raffronti, paragoni con la situazione di altri settori di dipendenti pubblici (vedi Comuni). Il discorso che oggi viene avanti con sempre maggiore insistenza è quello di cercare di mettere ordine in quella che si suol dire la giungla retributiva, anche se nella nostra provincia forse non è così caotica come lo è in altre zone del nostro Paese. Si guarda sempre più tra categoria e categoria; sempre più si dice: quella categoria guadagna troppo, guadagna più di noi. Sempre più, quindi, c'è l'esigenza di una visione generale complessiva, in modo che a lavoro uguale, sotto il profilo sostanziale del lavoro effettivamente svolto, corrisponda retribuzione uguale. E' una utopia oggi voler nel giro di poco tempo arrivare a queste assolute parificazioni, ma penso che uno dei momenti delle cause della profonda crisi che travaglia il nostro Paese derivi anche dal fatto che ci sono paurosi squilibri di retribuzione non soltanto tra alti e bassi gradi, ma anche per gli stessi livelli di mansioni. Questo determina malcontento, sfiducia, e molte volte catene di rivendicazioni che difficilmente si inseriscono in una visione globale complessiva.

Insisto su queste cose, perché oggi hanno un valore politico di estrema gravità. Compito soprattutto del potere pubblico, ed in questo caso della Giunta provinciale, è far sì che la politica del personale — parlo di politica del personale, non di questioni singole di questa o di quella persona, che hanno pure rilievo, ma che in questa occasione non intendo toccare — rientri in una visione politica complessiva della destinazione della spesa pubblica. Certo, accanto alla preminente responsabilità della Giunta, dell'organismo politico in questo settore, si affianca anche una responsabilità delle organizzazioni sindacali confederali o autonome.

In sede di esame di bilancio, abbiamo discusso sulle grosse componenti della spesa della Provincia. Abbiamo tratto motivo di conforto dal fatto che fino a pochi mesi fa la spesa corrente per il personale — caso più unico che raro — nella nostra Provincia riguardava all'incirca il 10% dell'ammontare complessivo della spesa. Penso che questo 10% sia ormai largamente superato, ed è un 10% che verrà rapidamente superato anche nel prossimo futuro con la piena applicazione del «pacchetto», con l'entrata in funzione delle competenze e quindi con l'esigenza di potenziare l'apparato amministrativo e burocratico della Provincia. C'è un'esigenza che la politica del personale sia una

politica funzionale ai compiti ed alle competenze della Provincia: funzionale nel senso che gli investimenti nel settore del personale devono essere investimenti al massimo possibile produttivi, destinati a far sì che ci sia un potenziamento sostanziale, un aumento dell'incisività dell'iniziativa dell'azione dell'ente pubblico. Ma noi dobbiamo anche renderci conto — penso che la Giunta ne sia consapevole — che è difficilmente ipotizzabile la ripetizione nel futuro prossimo di bilanci così cospicui. Quest'anno abbiamo avuto un balzo enorme, che è stato un balzo benvenuto. La Volkspartei, anzi, si è compiaciuta presentando su un manifesto le colonnine sull'aumento delle entrate di bilancio. Penso che non sia fuori luogo richiamare quello che sarà il futuro in questo settore, un futuro non particolarmente roseo, dove di fronte ad un aumento difficilmente evitabile, sostanzioso, forte della spesa corrente per i pubblici dipendenti, ci troveremo ad avere entrate o stabili o probabilmente anche inferiori. Non voglio fare l'uccello del malaugurio, però questa legge sul personale che viene presentata dalla Provincia oggi, al di là di riflessioni che possono essere fatte all'interno della categoria, problemi specifici, solleciti anche considerazioni di politica economica generale.

Ho voluto intervenire per far sì che ci sia una consapevolezza generale, che anche i problemi del personale stanno diventando sempre di più problemi non solo del personale, ma che riguardano l'attività e l'incidenza politica della nostra regione. Ormai siamo una Regione, non più una Provincia, con tante competenze. Qualcuno si compiace nel dire che siamo già una piccola repubblica. C'è un problema, quindi, di coordinamento, di raffronto tra le entrate ed i vari indirizzi della spesa pubblica.

MAYR (Sekretär - S.V.P.): In diesen Tagen ist den Mitgliedern der Regionalregierung ein Telegramm zugeleitet worden, in welchem die Gewerkschaften der Regionalangestellten begehren, daß die Termine für die Einreichung der Gesuche um die Pensionierung verlängert werden. Es handelt sich um Art. 59 des Regionalgesetzes 10 vom April 1972 (exodus). Nun der Südtiroler Landtag steht auch vor einem exodus und infolgedessen möchte ich an die Landesregierung eine Frage richten, wie sie sich dazu stellt, dass man hier bei der Verabschiedung des Regionalgesetzes 10 — jedenfalls erscheint es mir so aus dem Begleitbericht zum Gesetzentwurf, den ich mir nochmals durchgelesen habe — von einer bestimmten Voraussetzung ausgegangen ist, nämlich von der Tatsache, daß bis zum 31. Jän-

ner 1974, wo dieses Gesetz dann wirklich zur Anwendung kommen sollte, die Überführung des Personals erfolgt sowie die Stellenpläne und alle diese Voraussetzungen gegeben wären. Wir wissen den Stand der heutigen Durchführung, den brauche ich nicht darzulegen, aber ich muß nochmals betonen, daß man bei der Verabschiedung jenes Regionalgesetzes von dieser Einstellung, von dieser Absicht ausgegangen ist. Der Termin 31. Jänner 1974 steht nun vor der Tür.

Viel Personal besitzt keine Erklärung der Militärbehörde, denn in Italien arbeiten nicht nur die Ministerien sondern auch die Militärbehörden langsam, und auch die Anerkennung der sogenannten „Feldzüge“ liegt nicht vor. Das betrifft die deutschen Wehrmatsangehörigen, für welche die „Feldzüge“ noch nicht anerkannt sind; man weiß weder die Interpretierung, noch welche Dokumente zu besorgen sind. Zwar ist man auf parlamentarischer Ebene tätig, das weiß ich, aber konkret hat man noch keinen Bescheid, wie und ob diese „Feldzüge“ anerkannt werden oder nicht. Ich verweise jetzt nicht auf den formellen Teil, sondern möchte von der Landesverwaltung wissen, ob sie der Auffassung ist, daß mit dem sogenannten exodus dann der Betrieb, von dem es einmal in einem Begleitbericht des Haushaltes heißt, daß es ein großer Betrieb ist, wirklich aufrecht erhalten werden kann, wenn Hunderte von Funktionären, die heute von der Region an das Land überstellt sind, den Dienst innerhalb von sechs Monaten quittieren müssen, wobei deren Rechte dokumentarisch noch nicht abgesichert sind, denn ein Großteil hat diese Dokumente der Militärbehörden leider nicht in der Hand. Die Voraussetzung für das Regionalgesetz 10 war eine völlig andere. Ich lese jedenfalls aus dem Begleitbericht des Gesetzentwurfes, daß man von der Auffassung ausgegangen ist, daß am 31. Jänner 1974 der Übergang in die neuen Stellenpläne, die Ämterordnung und alle diese neuen Maßnahmen für das Personal zur Verfügung stehen. Dieses Personal bombardiert nun die Mitglieder der Regionalregierung berechtigt oder unberechtigt mit Telegrammen und mit Eingaben, von denen ich auch höre, daß sie mit Mitgliedern der Landesregierung abgeklärt oder nicht abgeklärt wurden, das heißt daß Leute der Landesregierung einverstanden sind und wir da nicht genau wissen, wie wir uns zu verhalten haben; dies möchte ich selbstverständlich nicht so verstanden wissen, daß man den Termin einfach verstreichen läßt, was nicht möglich wäre. Ich glaube aber, man könnte — damit die Landesregierung weiß wieviele Leute vom exodus erfaßt werden — die Gesuche einreichen lassen und dann mit der

Abänderung des Regionalgesetzes des Art. 59 den Termin mit dem vom Gesetz 336 vorgesehenen Termin — 24. Juni des folgenden Jahres — zusammenlegen. Ich glaube, das wäre schon möglich, denn die Landesregierung wird sich auch für die Abwicklung der neuen Kompetenzen ein gewisses Personal halten müssen, damit diese Funktion erfüllt werden kann. Ich glaube nicht, daß man einfach das Personal gehen lassen kann — auch wenn es vom Gesetz vorgesehen ist —, denn wir wissen alle, daß die Abwicklung eines Wettbewerbes ein Jahr benötigt. Wie wollen wir dann das neue Personal für das betreffende Amt schulen, wenn nicht die bisherigen Amtsleiter, Funktionäre u.a. anwesend sind? Das ist eine Frage der Funktion. Wir müssen auch sagen, daß wir gar nicht in der Lage sind, alle Ämter sofort im Wege eines Wettbewerbes, der dann ausgeschrieben wird, mit dem erforderlichen Personal zu besetzen. Ich habe hiezu echte Bedenken, dabei möchte ich noch sagen, daß es auch der Region nicht gelungen ist, mit den 1.200 Beamten gewisse Stellen zu besetzen. Kollege Müller als Talschaftspräsident weiß genau, daß zum Beispiel beim Inspektorat in Schlanders vielfach Personalfragen eine Rolle gespielt haben, um den Dienst aufrecht zu erhalten. Ich bin der Meinung, daß zur Autonomie die Frage des Personals gehört und somit muss die Erfüllung dieser Dienste durch entsprechendes Personal gewährleistet werden. Sie sehen daher, daß diese Telegramme, diese Eingaben, die mir seit gestern auf den Tisch geflattert sind, nicht ganz unberechtigt sind. Dabei gehe ich auf den gewerkschaftlichen Teil gar nicht ein, sondern beziehe mich nur auf den funktionellen Teil, welcher dieses Personal zu erfüllen hat, denn im Gesetzentwurf zum Regionalgesetz Nr. 10 vom 26. April 72 ist man von der Voraussetzung ausgegangen, daß bis zum 31. Jänner 1974 die Stellenpläne, die Ämterordnung und die Überführung des gesamten Personals erfolgt sein müßten. Wenn man als Ausweg etwa jene Form sucht, die man uns als Mitglieder der Regionalregierung in der letzten Sitzung angedeutet hat, daß man für den weiteren Verbleib bestimmter Funktionäre doch eine Ausnahme machen sollte, weil es wirklich „objektive Voraussetzungen“ der Verwaltung erfordern, so ist das nicht richtig. Meiner Meinung nach wäre es viel besser, beide Termine des Gesetzes 336 und des Art. 59 des Regionalgesetzes 10 zusammenzulegen, denn man ist ja in der Vorlage dieses Gesetzes von dieser Voraussetzung ausgegangen, weil die Funktion ansonsten in den Verwaltungsämtern wirklich nicht mehr gegeben ist — die Neuanstellung mittels Wettbewerb dauert mindestens ein Jahr —

und weil man sich wirklich nichts vergibt, wenn man zum 31. Dezember 1974 die Gesuche vorlegen läßt und diesen Termin mit den anderen zusammenlegt. Wenn dies nicht der Fall ist, dann stoßen wir auch allen jenen ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die beispielsweise die Dokumente nicht haben und auch die Anerkennung der „Feldzüge“ nicht besitzen, trotz der Bemühungen unserer Parlamentarier vor den Kopf. Ich weiß nicht, ob wir hier klug tun oder ob wir in der nächsten Legislaturperiode — so Gott will, daß wir nicht hier sind — das Gesetz in einem halben Jahr wieder abändern sollen. Ich möchte die Landesregierung um eine klare Stellungnahme ersuchen, denn es ist nicht tragbar, daß gewisse Dienste nicht aufrecht erhalten werden können. Wenn wir als Mitglieder der Regionalregierung z.B. in Deutsch etwas herausgeben wollen, — wie es unser Recht ist — und es ist niemand hier, der das übersetzt, dann ist dies untragbar. Entweder es ist das Übersetzungsamt hier, und wir haben das Recht des Gebrauchs deutscher Sprache und somit muß das Amt funktionieren oder wir brauchen das Wort „autonomia“ nicht zu schreiben. Diese Gesetzeszusammenlegung würde wirklich nichts kosten, denn man kann sie handhaben, ohne etwas von der Substanz zu vergeben und auch die Verwaltung und das Personal würden besser abschneiden.

DALSASS (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S.V.P.): Ich möchte nur ganz kurz auf die Fragen eingehen, die von den zwei Rednern Gouthier und Mayr hier angeschnitten wurden. Zu den Ausführungen des Kollegen Gouthier möchte ich etwas sagen. Er hat hier zum Beispiel zwei Zahlen genannt: die Mindest- und die Höchstgehälter, die in der Provinz bezogen werden und hat von 200.000 und 600.000 Lire netto gesprochen. Ich glaube, den Vergleich müßte man, wenn man schon von den unteren Kategorien, von der mittleren Kategorie und von den Akademikern spricht, zu Beginn der Karriere anstellen und nicht zu Beginn der Karriere für die untere Kategorie und zu Ende der Karriere für die oberste Kategorie. Um ein richtiges Bild zu erhalten, möchte ich sagen, daß das Mindestgehalt — das stimmt — 200.000 Lire netto im Jahr für die unterste Kategorie beträgt und für den Akademiker nicht einmal 300.000 Lire, wenn er seine Karriere beginnt. Ich glaube, wir sind hier schon irgendwie einer Nivellierung gleichgekommen, die uns einige Schwierigkeiten bereitet, Akademiker zu finden, welche nicht sehr gerne zu uns kommen, wenn sie nicht auch entsprechend honoriert werden. Wenn sie von 600.000 netto ge-

sprochen haben, so liegt das am Ende der Karriere und betrifft bei uns in der Provinz einen einzigen Fall, eine einzige Person; alles übrige, was sich im Rahmen der Karriere abwickelt, beträgt 450.000, 460.000 netto. Wir können sagen, wir gehen von einem Minimum von 200.000 bis zu maximal 460.000 netto. Sie haben auch von einem internen und von einem externen Gleichgewicht gesprochen. Ich glaube, das interne Gleichgewicht dürfte — wenn auch nicht zur vollen Zufriedenheit der Angestellten — doch existieren oder gefunden worden sein. Wie gesagt, es sind Klagen vorgetragen worden, daß gewisse Kategorien zu wenig bekämen und zwar sind das die Akademiker. Ich bin aber der Meinung, daß man von diesem System, so wie es eingeführt wurde, jetzt nicht mehr abgehen darf. Wenn Sie dann von einem externen Gleichgewicht gesprochen haben, so haben Sie sich sicher auf die Gehälter bezogen, die die Staatsangestellten oder auch andere Angestellten öffentlicher Körperschaften beziehen. Auch hier haben wir eine Annäherung an dieses Gesetz, also wieder einen Schritt der Annäherung vorgenommen. Denn wenn bisher aufgrund des alten Gesetzes immerhin zwischen Staatsangestellten und Landesangestellten ein Unterschied von 35% bestand, so reduziert sich dieser prozentuelle Unterschied durch die Einführung der Ausgleichszulage auf durchschnittlich 25-26%. Wir nähern uns also auch da der Besoldung, der wirtschaftlichen Behandlung der Staatsangestellten und somit auch der übrigen Angestellten öffentlicher Körperschaften.

Ich möchte nicht näher auf Ihre anderen Argumente eingehen. Bisher waren es nur 10%, die wir für Personalspesen ausgegeben haben und man müßte sich doch Gedanken machen, welche Auswirkungen diese Personalspesen in Zukunft auf unseren Landeshaushalt und auf die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Provinz haben können. Wir werden selbstverständlich höher hinaufkommen; bedenken wir doch, daß wir das ganze Verwaltungspersonal der Schule und des Schulamtes demnächst übernehmen müssen, was schon allein sicher eine Ausgabe von 5 oder 6 Milliarden Lire mit sich bringen wird. Wenn wir das in unsere Bilanz hineinnehmen, was wir tun müssen, denn es ist ja unser Personal wofür wir aufkommen müssen, kommen wir selbstverständlich auf einen höheren Prozentsatz für Personalspesen. Einen Vorteil jedenfalls hat diese Maßnahme gewiss. Es wird irgendwie Ordnung geschaffen, es gibt nicht mehr so viele Zulagen für die eine und andere Kategorie; es werden alle mehr oder weniger gleich behandelt, in die sogenannte „giungla retributiva“ — wie Sie sich ausgedrückt haben — wird nun Ordnung hin-

eingebraucht. Wir hatten diese Ordnung hier in unserer Provinz überhaupt nie; wenn auch eine Reihe von verschiedenen Zulagen bestanden hat, so erreichten diese lange nicht jenes Ausmaß, das der Staat für seine eigenen Angestellten vorgesehen hat.

Nun möchte ich zu den Ausführungen des Kollegen Mayr zurückkommen. Kollege Mayr hat eigentlich nicht dieses Gesetz gestreift; er hat nur von einem Regionalgesetz gesprochen und von den Regionalangestellten, die eventuell diese Bestimmung über den exodus in Anwendung bringen, das heißt auch ausnützen wollen. Es ist vorgesehen, daß sich die Regionalangestellten, wenn sie die Fünfjahresgutschrift erhalten wollen, innerhalb 31. Jänner 1974 entscheiden müssen. Am 31. Jänner 1974 weiß man also, wer aufgrund dieser Begünstigungen in den Ruhestand treten will und wer nicht. Ich hatte schon früher Gelegenheit, auch im privaten Gespräch meine Meinung diesbezüglich zu äußern. Ich wäre dagegen, daß man den Termin vom 31. Jänner 1974 verlängert, um ihnen die Gelegenheit zu geben, sich vielleicht innerhalb Juni oder noch später zu entscheiden. Es müßte eines festgehalten werden: der 31. Jänner muß bleiben, damit wir Ende Jänner 1974 wissen, wer geht und wer bleibt. Diese Unsicherheit, die wir heute haben ist auf längere Zeit nicht mehr tragbar; wir wissen nicht, müssen wir morgen die, den einen oder den anderen ersetzen, geht er in Pension oder bleibt er hier. Diese Unsicherheit muß aufhören. Ob man dann von seiten der Regionalverwaltung aus eine Verlängerung gewähren, diese Bediensteten also länger im Dienst behalten will — einerseits im Interesse der Angestellten selbst, andererseits im Interesse der Verwaltung, weil sie wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, diese Leute sofort zu ersetzen, da nicht genügend Leute gefunden werden können — müßte man darüber noch reden, was nicht nur im Interesse der Angestellten, sondern auch im Interesse der Verwaltung gelegen ist. Nun hat der Kollege Mayr gesagt, daß manche Angestellten zum Beispiel nicht die Dokumente über das Militärdistrikt bekommen haben. Wenn es jetzt noch Leute gibt, die die sogenannte «dichiarazione integrativa» nicht besitzen, dann glaube ich, sind sie gewöhnlich selbst Schuld daran und niemand anderer, denn diese «dichiarazione integrativa» kann man seit 1959 erhalten. Sie haben wahrscheinlich erst vor einigen wenigen Monaten angefordert. Sie hätten schon vor 5 oder vor 10 Jahren darum ansuchen können und hätten sie normalerweise innerhalb eines Jahres bekommen. Das ist die „dichiarazione integrativa“ oder die „notifica-

zione“ was die Gefangenschaft betrifft. Nun, wenn der Kollege Mayr sagt, daß die „Feldzüge“ nicht anerkannt sind, so stimmt das. Leider ist dieses Gleichstellungsgesetz des Jahres 1958 nicht voll zum Tragen gekommen und nicht voll angewandt worden. Eine effektive Gleichstellung ist nie erfolgt, denn die „Feldzüge“ hat man nicht anerkannt. Wir bemühen uns auch von seiten des Südtiroler Kriegsoffer- und Frontkämpferverbandes schon seit Jahren, diese Gleichstellung zu bekommen. Es ist jetzt ein kleiner Lichtblick zu verzeichnen, da sogar das Verteidigungsministerium einsieht — heute wohl zum erstenmal — daß man auch aufgrund der „dichiarazione integrativa“ die „Feldzüge“ anerkennen müßte. Es ist jedoch keine offizielle Entscheidung von seiten des Ministerrates da, aber sie müßte kommen. Es fehlt jedoch noch etwas und zwar die Anerkennung der effektiv geleisteten Militärdienstzeit, wie die Italiener sie bekommen; also auch diesbezüglich müßte man eine Gleichstellung erreichen.

Jetzt komme ich zum springenden Punkt. Kollege Mayr sagte, man sollte diese Angestellten der Region solange im Dienst belassen wie das Gesetz 336 vorsieht, also bis zum Juni 1975. Es könnte ohne weiteres sein, daß der eine oder der andere ein halbes oder ein Jahr länger gebraucht wird. Nun aber treten Probleme auf, die schwer zu überwinden sind und ich möchte erklären warum. Dieses Gesetz über den exodus und der Gewährung der fünf Jahre ist ein Regionalgesetz und gilt für die Regionalangestellten. Wenn diese Leute morgen im Zuge der Durchführung des sogenannten Paketes von der Region auf das Land übergehen und in unsere Stellenpläne hineinkommen, dann hören sie auf, Regionalangestellte zu sein, werden Landesangestellte und man könnte dieses Gesetz auf sie nicht mehr anwenden. Sie könnten nicht mehr in den Genuß dieses Gesetzes gelangen, außer der Landtag verabschiedet ein eigenes Gesetz, das besagt, daß auch für diese Leute diese Begünstigungen aufrecht erhalten werden. Damit entstehen andere Probleme. Wenn die Landesverwaltung dieses Gesetz verabschiedet, dann verpflichtet sie sich, die ganzen Spesen zu übernehmen, die heute ja die Region tragen müßte. Wir müssen uns also gut überlegen, was wir da tun. Ich sage, man kann ohne weiteres den Termin für das Verbleiben im Dienst verlängern, aber sie müßten in dieser ganzen Zeit noch Regionalangestellte bleiben, damit nicht solche Probleme rechtlicher finanzieller Natur auftreten. Wie gesagt, ich bin dagegen, daß man den Termin 31. Jänner verlängert; was dann im Interesse der Verwaltung getan werden kann, darüber muß man eben diskutieren.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE: **Dr. Robert**
 VORSITZ DES PRÄSIDENTEN: **v. FIORESCHY**

Art. 2

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort?
 Niemand. Ich lasse über den Übergang zur Diskus-
 sion der einzelnen Artikel abstimmen: einstimmig
 angenommen.

*I dirigenti di cui all'art. 1, ove particolari esi-
 genze di servizio lo richiedano, sono tenuti a pre-
 stare lavoro straordinario fino ad un massimo di
 dieci ore settimanali senza diritto a compensi.*

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse
 darüber abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 1

*In attesa di procedere alla ristrutturazione ge-
 nerale degli uffici provinciali, determinata dall'at-
 tribuzione delle nuove competenze statutarie pre-
 viste dalla legge costituzionale 10 novembre 1971,
 n. 1, nonché al riordinamento degli organici, con-
 nesso con il passaggio di personale statale e re-
 gionale nei ruoli della Provincia autonoma, il di-
 sposto di cui all'art. 35 della legge provinciale
 21 febbraio 1972, n. 4, modificato dall'art. 2 della
 legge provinciale 3 dicembre 1972, n. 32, trova ap-
 plicazione limitatamente agli impiegati provinciali
 rivestenti le qualifiche di direttore generale ed
 ispettore generale e corrispondenti, le quali ven-
 gono equiparate, rispettivamente a quelle di diri-
 gente generale e dirigente superiore, indicate nel-
 l'art. 1 del D.P.R. 30 giugno 1972, n. 748.*

Agli impiegati di cui sopra, fermo restando
 l'esercizio delle attuali funzioni e delle altre even-
 tualmente loro conferite da successive leggi e
 regolamenti, ovvero delegate dal Presidente e dagli
 altri membri della Giunta provinciale, sono attri-
 buiti gli stipendi e l'indennità stabiliti rispettiva-
 mente per il dirigente generale e il dirigente supe-
 riore, dalla tabella di cui all'art. 47 del suddetto
 D.P.R., con le decorrenze del 1. luglio e del 1. di-
 cembre 1972, conservando immutata, ai fini della
 attribuzione degli aumenti periodici della retribu-
 zione, l'anzianità maturata o riconosciuta nelle
 qualifiche rivestite.

L'indennità di funzione previste per i dirigenti
 superiori è pensionabile, è assoggettata ad ogni ef-
 fetto alla medesima disciplina dello stipendio e ne
 subisce in pari misura la progressione, la sospen-
 sione, la riduzione o il ritardo.

Le nuove misure delle retribuzioni sono con-
 siderate anche ai fini dei relativi aumenti perio-
 dici, della tredicesima mensilità, dell'indennità di
 buonuscita, della determinazione dell'equo inden-
 nizzo e dell'assegno alimentare.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse
 über den Art. 1 abstimmen: einstimmig angenom-
 men.

Art. 3

*A decorrere dal 1. luglio 1972 sono abrogati i
 valori parametrici posti in corrispondenza delle
 qualifiche di direttore generale ed ispettore generale,
 ed equiparate, delle carriere direttive dei ruoli
 provinciali.*

Wünscht jemand dazu das Wort? Niemand.
 Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 4

*Il quarto comma dell'art. 18 della legge pro-
 vinciale 21 febbraio 1972, n. 4, è sostituito dal
 seguente:*

*«In ogni caso conseguono il solo trattamento
 economico di commesso capo, prima classe di sti-
 pendio — parametro 172 —, i commessi e le quali-
 fiche equiparate, che abbiano compiuto comples-
 sivamente dieci anni di effettivo servizio nelle qua-
 lifiche stesse».*

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse
 über den Art. 4 abstimmen: einstimmig angenom-
 men.

Art. 5

*Con decorrenza 1. gennaio 1973 al personale
 provinciale, di ruolo e non di ruolo, è corrisposto
 un assegno perequativo pensionabile, utile ai fini
 dell'indennità di buonuscita, nelle misure di cui alla
 tabella allegata alla presente legge.*

Sono esclusi dalla concessione dell'assegno pe-
 requativo i funzionari dirigenziali di cui al prece-
 dente art. 1, nonché i sottufficiali e guardie del
 Corpo forestale della Provincia.

*L'assegno perequativo pensionabile non è su-
 scettibile di aumenti periodici, non è computabile
 ai fini della tredicesima mensilità e dei compensi
 per lavoro straordinario, è ridotto nella stessa pro-
 porzione dello stipendio nei casi di aspettativa, di-
 sponibilità, punizione disciplinare od altra posizio-*

ne di stato che importi riduzione dello stipendio ed è sospeso in tutti i casi di sospensione dello stipendio.

Nei casi di passaggio di carriera, al personale provvisto di assegno perequativo pensionabile di importo superiore a quello spettante nella nuova qualifica o classe è attribuito un assegno personale pensionabile, pari alla differenza tra l'assegno perequativo già goduto ed il nuovo, da riassorbire con i successivi aumenti per progressione di carriera o di classe.

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 6

Dalla data di entrata in vigore della presente legge, al personale di cui all'art. 1 ed a quello che fruisce dell'assegno perequativo pensionabile non potranno essere corrisposti compensi, indennità, premi, gettoni di presenza, assegni od emolumenti comunque denominati, a carico del bilancio della Provincia, di contabilità speciali o di gestioni fuori bilancio per l'opera svolta quale dipendente della Provincia o in rappresentanza di essa, fatta eccezione dell'indennità integrativa speciale, dell'aggiunta di famiglia, della tredicesima mensilità, della gratifica natalizia, del trattamento di missione, nonché del compenso per lavoro straordinario solo se preventivamente autorizzato ed effettivamente prestato.

L'importo dei compensi, indennità, premi, gettoni di presenza, assegni od emolumenti comunque denominati, dei quali è vietata la corresponsione, deve essere versato dagli enti, società, aziende ed amministrazioni tenuti ad erogarli, direttamente in conto entrate eventuali del bilancio provinciale.

In ogni caso il personale che fruiva delle indennità, proventi o compensi aboliti per effetto della presente legge è tenuto a continuare a svolgere le medesime funzioni e mansioni in connessione con le quali le indennità, proventi e compensi stessi erano concessi.

Zu diesem Artikel ist ein Abänderungsantrag des Ausschusses, unterzeichnet Magnago, Benedikter, Dalsass, eingereicht worden: „Tra il primo ed il secondo comma dell'art. 6 è inserito il seguente: «Il divieto di cui al precedente comma non si riferisce ad emolumenti comunque percepiti o da percepirsi per attività svolte anteriormente al 1. luglio 1972 per il personale di cui all'art. 1, ed al 1. gennaio 1973 per il personale fruente dell'assegno perequativo pensionabile».

Wünscht jemand zu diesem Abänderungsantrag das Wort? Herr Landeshauptmann.

MAGNAGO (Landeshauptmann - S.V.P.): Dieser Zusatz ist hineingekommen und soll eine Klärung für eine Formulierung des Gesetzes sein, die unter Umständen mehrere Auslegungen gestattet hätte. Damit dies nicht der Fall ist, wurde nun diese Formulierung hinzugefügt. Es dreht sich hier um die sogenannte Projektierungszulage. Wir wissen, daß bis jetzt eine Sonderzulage da war für Projektierung und Bauaufsicht, die nach der Kollaudierung gezahlt werden konnte. Beginnt nun eine Projektierung im Jahre 1972 und erstreckt sich die Bauaufsicht über mehrere Jahre wird mit dieser Abänderung besagt, daß Projektierungen, die vor dem Termin 1. Jänner 1973 bzw. 1. Juli 1972 erfolgt sind, und dieser Teil der Bauaufsicht bis zu diesem Datum bezahlt werden muß, aber nicht mehr weitere Bauaufsichten nach diesem Datum. Das kann man mit den sogenannten „stati d'avanzamento“ genau kontrollieren und festlegen. Die bis zu diesen Terminen gemachte Arbeit wird also bezahlt, aber nicht jene, die dann als Bauaufsicht weitergeht, also nach dem 1. Jänner 1973 bzw. nach dem 1. Juli 1972 erfolgt, auch wenn es sich um das gleiche Objekt handelt.

NEUHAUSER (S.V.P.): Ich komme auf etwas zurück, was ich schon bei einer vorhergehenden Sitzung beanstandet habe, nämlich daß Abänderungsvorschläge, die die Landesregierung einbringt, den Landtagsabgeordneten schriftlich vorzulegen wären, nachdem das zeitlich in den meisten Fällen möglich ist. Ich möchte außerdem die Landesregierung darauf aufmerksam machen, weil sie es anscheinend nicht weiß, daß wir Landtagsabgeordnete — soweit wir nicht eine besondere Funktion haben — überhaupt nicht einmal den endgültigen Text eines Gesetzes in die Hand bekommen. Mir erscheint das als ein Übel, welches abgeschafft werden muß. Das „Bollettino Ufficiale“, in dem der endgültige Text aufscheint, sollte jeder erhalten.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Abänderungsantrag? Niemand. Ich lasse darüber abstimmen: mehrheitlich mit einer Enthaltung angenommen. Ich lasse jetzt über den so abgeänderten Artikel abstimmen: einstimmig angenommen.

NORME TRANSITORE E DISPOSIZIONI FINALI

Art. 7

Le prebende indicate nell'articolo precedente, esclusi i soli gettoni di presenza per partecipazione a sedute di consigli o commissioni varie, riscosse a carico di altri enti, società, aziende o amministrazioni comunque denominate, ovvero di contabilità speciali o di gestioni fuori bilancio, dal personale di cui all'art. 1, in relazione all'attività prestata dal 1. luglio 1972, e dal personale fruente dell'assegno perequativo dal 1. gennaio 1973, fino alla data di entrata in vigore della presente legge, saranno versate dagli interessati direttamente in conto entrate eventuali del bilancio provinciale nel limite, per ogni mese di attività, del miglioramento economico netto per stipendio ed indennità di funzione o assegno perequativo conseguiti, nello stesso mese, in applicazione della presente legge. Per la determinazione di detto limite si tiene anche conto delle prebende riscosse, negli stessi periodi, a carico del bilancio provinciale, quali risultano dai dati forniti dal centro meccanografico provinciale. Non si procederà alla corresponsione di eventuali arretrati nei confronti dei dipendenti che omettano di effettuare detti versamenti, ovvero che non dichiarino responsabilmente di non aver percepito, nei periodi considerati, da parte di altri enti, società, aziende o amministrazioni comunque denominate, alcuna delle prebende in questione.

Il personale che, entro trenta giorni dalla data di entrata in vigore della presente legge, dichiara di rinunciare agli eventuali conguagli sulle competenze relative ai periodi presi in considerazione, non è tenuto ai versamenti suddetti.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 8

Salvo quanto previsto dal successivo terzo comma, qualora il vecchio trattamento economico complessivamente goduto per stipendio ed indennità o compensi aboliti con il successivo art. 9 risulti superiore a quello complessivamente dovuto in applicazione della presente legge, la differenza è conservata come assegno ad personam non pensionabile e riassorbibile con gli aumenti economici di carattere generale e con quelli derivanti dalla progressione in carriera.

La differenza di cui al comma precedente va computata prendendo a base la media delle retri-

buzioni percepite e quella del nuovo trattamento economico dovuto, per i periodi compresi tra le decorrenze indicate nella presente legge e l'ultimo giorno del mese anteriore a quello della sua entrata in vigore. In tal caso l'assegno ad personam viene corrisposto a far tempo dal primo del mese di entrata in vigore della stessa.

Per coloro i quali hanno fruito dell'indennità di cui alla lettera c) dell'articolo 9, l'eventuale assegno ad personam è costituito dalla differenza tra la media mensile del trattamento economico goduto, per stipendio e indennità, nell'anno 1972 e quello spettante alla data del 1. gennaio 1973 in applicazione della presente legge. In tal caso l'assegno ad personam è corrisposto con quest'ultima decorrenza.

Nel computo delle medie mensili di cui ai commi precedenti si tiene conto di tutte le indennità, proventi o compensi indicati nell'art. 9, comunque percepiti da ogni singolo interessato nei periodi cui le medie stesse si riferiscono.

Auch hier ist ein Abänderungsantrag, unterschrieben von Magnago, Benedikter, Dalsass, eingereicht worden: „Proposta di nuova formulazione del terzo comma: «Per coloro i quali hanno fruito dell'indennità di cui alla lettera c) dell'art. 9, l'eventuale assegno ad personam è costituito dalla differenza tra la media mensile dell'indennità stessa percepita per il triennio 1970-1972 e l'indennità di funzione o assegno perequativo rispettivamente spettante dal 1. luglio 1972 o dal 1. gennaio 1973 in applicazione della presente legge. L'assegno ad personam è corrisposto con quest'ultima decorrenza».

Wer wünscht das Wort? Herr Landeshauptmann.

MAGNAGO (Landeshauptmann - S.V.P.): Der neue Absatz will dem Abänderungsvorschlag Rechnung tragen der bereits zum Art. 6 durchgegangen ist. Hier will man 3 Jahre Durchschnitt dieser Zulage nehmen, die gegeben worden ist, um die notwendige Berechnung anzustellen. Es ist praktisch eine Folge des Abänderungsvorschlages zum Art. 6.

AGOSTINI (P.L.I.): Volevo solo rilevare, d'accordo con quanto dichiarato poco fa dal consigliere Neuhauser, che questi emendamenti devono essere presentati ai consiglieri con un certo anticipo, perché non è sufficiente la semplice lettura

del Presidente. Occorre anche un confronto visivo fra il testo originario ed il testo dell'emendamento. Pertanto sono d'accordo con il consigliere Neuhauser.

DALSASS (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S.V.P.): Ich möchte nur ganz kurz sagen, daß die einzige Änderung, die wir hier jetzt anbringen, die Ersetzung dieses dritten Absatzes, darin besteht, daß wir für die Projektierungszulage als Berechnungsgrundlage den Durchschnitt der letzten drei Jahre nehmen. Sonst gar nichts! Früher hat man 72 gesagt, jetzt sagt man nicht mehr 72, sondern 72, 71, 70. Also der Durchschnitt dieser drei Jahre. Warum hat man das gemacht? Weil die Projektierungszulage nicht jedes Jahr in derselben Höhe gegeben wurde und es nicht richtig ist, daß man ein einziges Jahr hernimmt, sondern es müssen mehrere Jahre genommen werden, um einen Durchschnitt zu bekommen. Die Änderung, die wir hier anbringen, besteht praktisch nur in dieser Hinsicht, es ist also nichts Umwälzendes.

PRÄSIDENT: Wünscht noch jemand das Wort? Niemand. Ich bringe den Abänderungsantrag zur Abstimmung: mehrheitlich mit einer Enthaltung angenommen. Ich lasse über den so geänderten Artikel abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 9

Sono abrogate le seguenti indennità previste dalla legislazione provinciale:

- a) *diritti di segreteria, di cui all'art. 12 della legge provinciale 3 luglio 1959, n. 6, e successive modifiche ed integrazioni;*
- b) *indennità maneggio denaro, di cui all'art. 104 della legge provinciale 3 luglio 1959, n. 6, e successive modifiche ed integrazioni;*
- c) *indennità di progettazione e direzione lavori, di cui all'art. 7 della legge provinciale 27 agosto 1962, n. 8, e successive modifiche ed integrazioni;*
- d) *proventi d'analisi, di cui all'art. 52 della legge provinciale 14 agosto 1963, n. 11;*
- e) *indennità di rischio, guida macchina e chilometrica, di cui all'articolo 28 della legge provinciale 12 novembre 1964, n. 16, e successive modifiche ed integrazioni;*
- f) *indennità di specializzazione, di cui all'art. 17 della legge provinciale 12 novembre 1964, n. 16, e successive modifiche ed integrazioni;*

- g) *indennità di programmazione, di cui al quarto comma dell'art. 14 e dell'art. 17 della legge provinciale 29 novembre 1971, n. 15;*
- h) *indennità di organizzazione e coordinamento servizi, di cui all'art. 36 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4;*
- i) *indennità per rappresentanza in giudizio, di cui all'art. 37 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4;*
- l) *indennità speciale al personale addetto al centro elettronico provinciale, di cui all'art. 38 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4;*
- m) *indennità forestale, di cui all'art. 14 della legge provinciale 7 settembre 1973, n. 33;*
- n) *indennità speciale annua, di cui all'art. 34 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4.*

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich bringe den Art. 9 zur Abstimmung: einstimmig angenommen.

Art. 10

Fino a quando non si sarà provveduto con legge provinciale alla ristrutturazione degli uffici ed al riordinamento degli organici, di cui al primo comma dell'art. 1, le nomine alla qualifica di ispettore generale (dirigente superiore) ed equiparate saranno effettuate secondo la procedura prevista dall'ultimo comma dell'art. 10 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, ovvero ai sensi dell'art. 34 della legge provinciale 3 luglio 1959, n. 6, e loro successive modifiche ed integrazioni.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse darüber abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 11

Fino all'entrata in vigore della legge provinciale prevista dal precedente art. 10, i tre rappresentanti del personale in seno al consiglio di amministrazione, di cui all'art. 56 della legge provinciale 21 febbraio 1972, n. 4, saranno nominati su designazione dei direttivi dei sindacati dei dipendenti provinciali.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 12

Nei riguardi del personale cantoniere la norma di cui all'art. 4 della presente legge si applica in sede di reinquadramento effettuato ai sensi dell'art. 7 della legge provinciale 2 marzo 1973, n. 9.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse darüber abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 13

La norma transitoria di cui al terzo comma dell'art. 15 della legge provinciale 29 novembre 1971, n. 15, è prorogata fino al 31 dicembre 1974. Alla stessa data è prorogata anche la norma di cui al quarto comma dello stesso articolo, con riferimento al personale in servizio alla data di entrata in vigore della presente legge.

Nei riguardi del personale di cui al precedente comma, trova applicazione il disposto di cui all'art. 12 della legge provinciale 3 dicembre 1972, n. 32, in sede di nomina in prova.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse über den Art. 13 abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 14

All'art. 13 della legge provinciale 7 settembre 1973, n. 33, è aggiunto il seguente comma:

«In deroga a quanto stabilito dal primo comma dell'art. 2 della legge regionale 28 novembre 1964, n. 41, i pubblici concorsi di cui al presente articolo avvengono per titoli e per esame».

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wer ist dafür? Einstimmig angenommen.

Art. 15

Per l'attuazione della presente legge è prevista una spesa massima annuale di lire 830 milioni a partire dall'esercizio finanziario 1973.

Per il secondo semestre dell'anno 1972 è prevista una spesa globale di lire 30 milioni.

Alla copertura dell'onere complessivo di lire 860 milioni a carico dell'esercizio finanziario 1973 si provvede mediante riduzione di pari importo del fondo iscritto al cap. 2480 dello stato di previsione della Spesa - Tabella B - per l'esercizio finanziario 1973.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wer ist dafür? Einstimmig angenommen.

Art. 16

Nello stato di previsione della Spesa - Tabella B - per l'esercizio finanziario 1973 sono introdotte le seguenti variazioni:

Capitolo di nuova istituzione

Cap. 22 - Spese per l'attuazione della legge provinciale concernente l'istituzione delle qualifiche dirigenziali e la concessione al personale provinciale di un assegno perequativo. Oneri pro anno 1972 e anno 1973 L. 860.000.000

Capitolo in diminuzione

Cap. 2480 - Fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi L. 860.000.000

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wer ist dafür? Einstimmig angenommen.

Wünscht jemand zur Stimmabgabe das Wort? Niemand. Dann bitte ich die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung)

Ergebnis der Wahl: 19 abgegebene Stimmzettel, 16 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, zwei weisse Stimmzettel. Esito della votazione: 19 votanti, 16 sì, 1 no, 2 schede bianche. Das Gesetz ist somit genehmigt.

Punkt 3 der Tagesordnung: „Landesgesetzentwurf Nr. 212/73: „Bildung des Landesbeirates für Bergbau“.

Punto 3) all'ordine del giorno: «Disegno di legge provinciale n. 212/73: «Costituzione del consiglio provinciale delle miniere».

La parola alla Giunta.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente - D.C.): Per il disegno di legge sulla costituzione del consiglio provinciale delle miniere è opportuno far presente che esso si rende necessario a seguito del trasferimento alla Provincia delle relative competenze. E' giusto che il settore minerario ed estrattivo non abbia a subire conseguenze negative per carenza normativa.

Per quanto riguarda la sua composizione, è da rilevare che oltre all'innovazione relativa all'affidamento della presidenza all'Assessore competente, è da notarsi la presenza dei rappresentanti degli Assessorati provinciali cui compete la tutela dell'ambiente, delle foreste e dell'industria, per gli evidenti riflessi che le miniere hanno con tali settori.

L'art. 7 si rende necessario per le motivazioni esposte agli inizi della presente relazione e cioè la necessità di evitare carenze normative e di uniformare la prassi amministrativa esistente.

E' da precisare che le miniere, cui si fa riferimento in relazione all'art. 68 del T.U. 31.8.1972, n. 670, sono quelle già facenti parte del patrimonio indisponibile della Regione e che in forza delle disposizioni del predetto T.U. saranno trasferite alla Provincia con apposita convenzione.

Niente da osservare per quanto riguarda gli altri articoli, in quanto si tratta di norme comuni ad altri comitati consultivi.

Was den Gesetzentwurf über die Bildung des Landesbeirates für Bergbau betrifft, muß hervorgehoben werden, daß dieser sich nach Übernahme der diesbezüglichen Befugnisse durch das Land als notwendig erweist. Es muß vermieden werden, daß der Sektor des Bergbauwesens wegen mangelnder gesetzlicher Bestimmungen nachteilige Folgen zu ertragen hat.

Was die Zusammensetzung des Beirates anlangt, ist hervorzuheben, daß außer der Neuerung betreffend die Anvertrauung des Vorsitzes an den zuständigen Assessor die Vertreter der für Umweltschutz, Forstwesen sowie Industrie zuständigen Landesassessorate anwesend sind, und zwar wegen der augenscheinlichen Beziehungen, welche das Bergbauwesen mit diesen Sektoren aufweist.

Der Art. 7 ergibt sich aus der im ersten Absatz angeführten Begründung dieses Berichtes, und zwar aus der Notwendigkeit, gesetzliche Mängel zu vermeiden und das herrschende Verwaltungsverfahren zu vereinheitlichen.

Es ist hervorzuheben, daß die Bergwerke, auf welche in bezug auf den Art. 65 des Einheitstextes vom 31. August 1972, n. 670, hingewiesen wird, jene sind, die bereits Teil des unveräußerlichen Vermögens der Region sind und aufgrund des vorher genannten Einheitstextes mit eigener Konvention auf die Provinz übertragen werden.

Hinsichtlich der übrigen Artikel ist nichts besonderes hervorzuheben, da es sich um allgemeine Bestimmungen über Beiräte und andere beratende Kommissionen handelt.

PRESIDENTE: La parola al Vicepresidente della Commissione legislativa competente.

AGOSTINI (P.L.I.): La terza Commissione legislativa si è riunita il giorno 9 ottobre 1973 per esaminare il disegno di legge provinciale «Costituzione del Consiglio provinciale delle miniere».

Nella discussione generale, il Vicepresidente Agostini ha rilevato la differenza di questo disegno di legge rispetto alla legge regionale in vigore, soprattutto per quanto concerne il numero dei membri del Consiglio, che viene drasticamente ridotto e togliendo la presidenza ad un tecnico competente per farla assumere dall'Assessore. Con questo disegno di legge si crea un organo consultivo all'interno della Giunta provinciale, anziché all'esterno, come era quello della Giunta regionale.

Anche il consigliere Nicolussi-Leck si è associato ai rilievi avanzati dal consigliere Agostini.

I singoli articoli sono stati approvati a maggioranza con un voto contrario, tranne l'articolo 8 che è stato approvato con un voto contrario e una astensione.

In merito all'art. 7, riguardante i canoni, è stata rilevata l'esiguità degli stessi, che non permettono neppure la copertura delle spese burocratiche e che nella sua stesura risulta molto generico ed impreciso, non facendo neppure riferimento alle norme nazionali, che disciplinano la materia, le quali — invece — sono citate nella legge regionale.

Infine, il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato a maggioranza con un voto contrario (Agostini).

Die dritte Gesetzgebungskommission ist am 9. Oktober 1973 zusammengetreten, um über folgenden Landesgesetzentwurf zu beraten: „Bildung des Landesbeirates für Bergbau“.

In der Generaldebatte hat Vizepräsident Agostini auf die Unterschiede zwischen diesem Gesetzentwurf und dem in Kraft stehenden Regionalgesetz hingewiesen, besonders was die Mitgliederzahl des Beirates betrifft, die in drastischer Weise gekürzt wird, und den Vorsitz, der einem Sachverständigen genommen und dem Assessor übertragen wird. Mit diesem Gesetzentwurf wird ein beratendes Organ innerhalb der Landesregierung geschaffen, anstatt außerhalb, wie es beim Beirat der Regionalregierung der Fall ist.

Auch Abg. Nicolussi-Leck hat sich den Einwendungen des Abg. Agostini angeschlossen.

Die einzelnen Artikel sind mit Ausnahme des Art. 8, der bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung gutgeheißen wurde, stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme genehmigt worden.

Bezüglich Art. 7 betreffend die Konzessionsgebühren wurde auf die Geringfügigkeit derselben hingewiesen, da sie nicht einmal ausreichen, um die Verwaltungsspesen zu decken; außerdem sei der Wortlaut des Artikels sehr allgemein und beiläufig gehalten, da nicht einmal auf die staatlichen Bestimmungen Bezug genommen wird, welche das Sachgebiet regeln und welche im Regionalgesetz hingegen angeführt werden.

Abschließend wurde der Gesetzentwurf gesamthaltlich mit Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme (Agostini) genehmigt.

PRÄSIDENT: Die Generaldebatte ist eröffnet. E' aperta la discussione generale. Wer wünscht dazu das Wort? Chi chiede la parola? Avv. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Signor Presidente, signori colleghi, come già appare, anche se succintamente, dalla relazione, la Commissione ha sollevato alcuni rilievi nei confronti di questo disegno di legge. Per quanto mi riguarda, devo dire che questo disegno di legge non è uno specchio di democrazia e questo lo possiamo subito rilevare facendo i necessari confronti con la legge regionale, risp. con le leggi fasciste. Innanzitutto, il primo rilievo va fatto nei confronti dell'art. 2, che riguarda la composizione di questo consiglio provinciale delle miniere. Vediamo, infatti, che oggi questo consiglio è costituito da una maggioranza assoluta di membri che vengono nominati dalla Giunta provinciale, mentre la minoranza è costituita da membri esterni sui quali la Giunta provinciale non può influire. E' chiaro, quindi, che questo consiglio provinciale delle miniere avrà una funzione completamente diversa da quella che ha oggi ancora il consiglio regionale delle miniere. Praticamente diventa un organo consultivo interno della Giunta, mentre l'attuale è ancora un organo consultivo esterno.

In Commissione si è detto anche, in senso ironico, che ad un certo momento qui l'Assessore si consulta con se stesso, nel senso che praticamente l'Assessore consulta i membri di una commissione che lui stesso ha provveduto a far nominare.

Per quanto riguarda la stessa nomina del presidente, dobbiamo purtroppo ancora una volta criticare il fatto che il presidente oggi divenga l'As-

sessore, mentre nell'attuale consiglio presidente è un tecnico, cioè un ordinario di diritto minerario o quanto meno un esperto di diritto minerario.

Sull'art. 6 si devono fare altri rilievi, che riguardano sempre il criterio dei rilievi avanzati in merito all'art. 2 ed alla legge in generale. Circa l'art. 6, nella legge del 1927 i decreti erano emanati dal ministro; nella legge del 1955 o 1956 — non ricordo bene — venivano emanati dall'ingegnere-capo, salvo per i minerali di interesse nazionale. Ecco un'altra differenza. Si tenta cioè, tanto per dire succintamente il mio pensiero, di tornare indietro, nel senso che non sono più i tecnici che hanno un'importanza determinante, ma i politici: sono i politici oggi che decidono, non più i tecnici! Questo è un rilievo che desidero sottolineare.

Infine, sull'art. 7, come è già stato rilevato in Commissione e lo si deduce dalla relazione, è stato rilevato che i canoni sono troppo esigui e che nella legge non si fa alcun riferimento alle norme nazionali come invece c'è nella legge regionale.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente - D.C.): Il collega Agostini ha voluto disturbare la democrazia per esprimere un suo punto di vista sul testo della legge.

AGOSTINI (P.L.I.): *(Interrompe - interrompe)*

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente - D.C.): Io penso che sia stata disturbata in questo caso, ad ogni modo cercherò di dimostrare, con una vivacità minore della sua, della quale chiedo in ogni caso permesso conoscendo la sua sensibilità, che questo non è vero. E' un disegno di legge di estrema semplicità, il quale recepisce esclusivamente la legge regionale, che non è una legge di ordinamento, in quanto la Regione non ha mai legiferato nell'ordinamento delle miniere, ma si è sempre riferita alla legge dello Stato. Bisognerà che l'Amministrazione provinciale provveda a riordinare tutto l'ordinamento in materia mineraria. Con questo disegno di legge si è voluto semplicemente trasferire l'organo, che prima era regionale, a livello provinciale, lasciando inalterate tutte quelle che erano le precedenti disposizioni contenute nella legge regionale.

Il collega Agostini ha apprezzato le caratteristiche della legge regionale, dichiarando invece che quelle riferite alla legge provinciale sono meno de-

mocratiche. Dimostrerò che tutto si riferisce alla persona dell'Assessore, che per me si può lasciare completamente fuori. Dirò anche le ragioni per cui è stata proposta questa presenza dell'Assessore. Nella legge regionale il consiglio era formato da 16 membri, tenendo conto della composizione regionale, quindi tenendo conto di due Province; con la legge provinciale i 16 membri sono diventati 12, quindi ne vengono a mancare 4, dato che l'interesse è riferito al solo quadro provinciale. Di questi membri previsti dalla legge, quali funzionari provinciali sono presenti? Sono presenti: un rappresentante dell'Assessorato alle foreste, un rappresentante per la tutela dell'ambiente, un rappresentante dell'Assessorato all'industria ed il dirigente dei servizi minerari della Provincia. Sono quattro in tutto: mettiamo pure come funzionario anche l'Assessore, cioè colui che coordina l'attività provinciale, e quindi gli altri sono tutti membri presi al di fuori dall'ambito provinciale: un esperto in discipline minerarie, un esperto in discipline geologiche, un ingegnere o perito minerario, un rappresentante degli industriali minerari, delle cave, dei lavoratori delle miniere delle cave. Veramente non riesco ad intravedere quale differenziazione sostanziale vi sia nei confronti della legge regionale, se non per il fatto che il numero dei componenti è stato portato da 16 a 12, ma proprio perché l'intervento ormai è sensibilmente ridotto. Aggiungo anche che nella nostra provincia il consiglio provinciale delle miniere, come in altre commissioni, non è sottoposto a notevole attività. I pareri da esprimere in materia mineraria sono molto limitati, quindi non è che sia uno dei comitati più impegnati.

Rimane l'Assessore: questa è un'innovazione rispetto alla legislazione regionale. È stato introdotto l'Assessore come presidente — a parte il fatto che anche la vicina Provincia di Trento ha proposto analogo provvedimento —, perché tutte le commissioni provinciali, salvo quella della tutela del paesaggio o una commissione urbanistica, hanno per presidente l'Assessore. È stato ritenuto giusto che sia l'Assessore, intervenendo a livello consultivo in questo caso, a coordinare l'attività. Dico subito che non ho personalmente nulla in contrario affinché sia una persona diversa dall'Assessore a presiedere questo comitato. In questo modo, però, avremo una soluzione abbastanza diversa dalla consuetudine, da una prassi, che si è instaurata a livello di Provincia autonoma.

Per quanto riguarda l'art. 6, dove il decreto verrebbe emanato dalla Giunta provinciale e non dall'ingegnere-capo, devo ricordare che anche nella legge regionale il decreto veniva emanato dal Presi-

dente della Giunta regionale in base alla deliberazione della Giunta regionale. Quindi, non c'è nessuna innovazione. E poi io dico che è assolutamente giusto dire così, perché non è ammissibile — con tutto il rispetto per il tecnico — che implicazioni così gravi come quelle che si riferiscono alla ricerca mineraria o ad un diritto di concessione, sia un fatto tecnico. Questo diventa un fatto politico di cui deve essere investito l'autorità politica, l'autorità che ha la responsabilità della gestione politica. Quindi non sono d'accordo, seppure limitatamente o in riferimento alla legislazione dello Stato, che sia il tecnico a decidere.

Infine, per quanto riguarda il problema dei canoni, qui noi ci siamo riferiti solamente alla recezione dell'organo da parte della Provincia ed a precisare che il decreto, con il quale viene concesso il permesso di ricerca o il diritto d'uso della miniera, viene deliberato dalla Giunta provinciale. Non interveniamo per niente nel merito dell'ordinamento minerario e quindi anche in questo caso, per quanto riguarda i canoni, che io riconosco essere assolutamente modesti, questi vanno riferiti al principio dell'ordinamento. Se volessi aumentare il canone riferendomi alla normativa statale, probabilmente verrei a provocare una forma di squilibrio, mentre mi riservo di aumentare o di variare questo canone in relazione ai nuovi principi di ordinamento, ammesso che questi principi di ordinamento siano diversi. Il riconoscimento di un canone ha bisogno di un approfondimento e di un giudizio che è riferito all'intero quadro di intervento, giudizio e riferimento che oggi sono riferiti alla legge dello Stato, che prevede quel tipo di canone.

Queste sono le ragioni per le quali personalmente ritengo, salvo che vengano fatte delle proposte diverse, di lasciare il disegno di legge inalterato. Non mi sembra che le considerazioni fatte e le spiegazioni che ho dato possano riassumersi in un giudizio di antidemocrazia o di marca fascista, come è stato detto. Non ho la fantasia di comprendere questo tipo di osservazioni.

AGOSTINI (P.L.I.): Allora se l'Assessore non ha la fantasia di comprendere, cercherò di spiegarvi meglio, cercherò cioè di ravvivargli la fantasia, che di norma è molto fervida.

Composizione del consiglio: l'Assessore Pasquali ha dimenticato, quando ha fatto il raffronto fra la composizione del consiglio regionale delle miniere e quello provinciale, i due esperti che da cinque

portano a sette i membri nominati comunque dalla Giunta. Il primo comma dell'art. 3 dice: «*Il consiglio provinciale delle miniere è nominato con delibera della Giunta provinciale, su proposta dell'Assessore al quale è assegnata la materia delle miniere*», mentre il secondo comma dell'art. 2 dice: «*I membri di cui ai numeri 9), 10), 11) e 12) vengono scelti dalla Giunta provinciale da terne di nominativi...*». Pertanto gli unici membri — l'ho detto anche prima — che non vengono nominati direttamente dalla Giunta provinciale sono quattro; gli altri sette sono nominati dalla Giunta. Allora, Assessore Pasquali, dire che questa composizione è democratica, mi dispiace, questo non lo posso accettare. Lei ha dimenticato proprio quei membri che portano alla maggioranza assoluta del consiglio e che portano appunto all'affermazione che «l'Assessore si consulta con i membri da lui nominati». Io La sfido a provarmi il contrario.

Il riferimento, poi, alla composizione del consiglio regionale di 16 membri, mentre il consiglio provinciale ne ha 12, questo non ha alcun significato: è la dosatura, non il numero complessivo a cui si deve guardare.

Le commissioni — dice l'Assessore — sono tutte presiedute da un Assessore; solo in due eccezioni non c'è l'Assessore che presiede. Ecco, il fatto che ci siano due eccezioni dimostra che in certi casi è opportuno che non sia l'Assessore a presiedere. Questo sarebbe il terzo caso. Lei ricorderà che in tutte le discussioni che abbiamo avuto qui in Consiglio, quando si è discussa la composizione di una commissione provinciale, io non ho mai sollevato obiezioni, però le sollevo in questo caso, perché non ritengo anche politicamente opportuno che sia l'Assessore a presiedere una commissione di questo tipo e di questa importanza.

Infine, per quanto riguarda i canoni l'Assessore si giustifica dicendo che noi ci siamo limitati a recepire quanto era già disposto nella legge regionale. Qui non ci siamo, perché se la Giunta ha ritenuto di modificare la legge regionale così profondamente negli altri punti, non vedo perché qui doveva limitarsi solamente a recepire quanto era già contenuto nelle leggi precedenti. E' anche per questo motivo che non posso accogliere la giustificazione dell'Assessore. Perciò rimango della mia opinione, dicendo che è una legge antidemocratica e sperando che in questo caso la fantasia dell'Assessore competente si sia resa più fervida.

PRÄSIDENT: Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Die Generaldebatte ist abgeschlossen. Wir gehen nun zur Diskussion der einzelnen Artikel über. Wer damit einverstanden ist, bitte ich die Hand zu erheben: mehrheitlich bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Art. 1

E' costituito presso l'Amministrazione provinciale, quale organo consultivo per le materie minerarie, comprese le acque minerali e termali, cave e torbiere, il consiglio provinciale delle miniere.

Esso esprime il proprio parere nei casi previsti dalle leggi e dai regolamenti in vigore, concernenti la materia ed ogni qualvolta ne sia richiesto dal Presidente della Giunta provinciale o dall'Assessore competente per la materia.

Ai fini dell'applicazione delle norme vigenti, il parere del consiglio provinciale delle miniere sostituisce quello del consiglio superiore delle miniere.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse darüber abstimmen: mehrheitlich bei einer Gegenstimme genehmigt.

Art. 2

Il consiglio provinciale delle miniere è composto dai seguenti membri:

- 1) *l'Assessore provinciale al quale è affidata la materia delle miniere, quale presidente, o, in caso di sua assenza o impedimento, dal capo della ripartizione cui è assegnato il servizio, quale vicepresidente;*
- 2) *un rappresentante dell'Assessorato al quale è assegnata la materia delle foreste;*
- 3) *un rappresentante dell'Assessorato al quale è affidata la tutela dell'ambiente;*
- 4) *un rappresentante dell'Assessorato al quale è affidata la materia dell'industria;*
- 5) *il dirigente dei servizi minerari della Provincia;*
- 6) *un esperto nelle discipline minerarie;*
- 7) *un esperto nelle discipline geologiche;*
- 8) *un ingegnere o perito minerario;*
- 9) *un rappresentante degli industriali minerari;*
- 10) *un rappresentante degli industriali nel settore delle cave;*
- 11) *un rappresentante dei lavoratori delle miniere;*
- 12) *un rappresentante dei lavoratori delle cave.*

I membri di cui ai numeri 9), 10), 11) e 12) vengono scelti dalla Giunta provinciale da terne di nominativi proposti dalle rispettive associazioni sindacali o di categoria.

Un rappresentante del servizio giuridico amministrativo della ripartizione V partecipa alle riunioni del consiglio con voto consultivo.

Funge da segretario un impiegato dell'ufficio cui sono affidati i servizi minerari.

Per tutti i membri del consiglio, ad eccezione del presidente, deve essere nominato un supplente, chiamato a sostituire l'effettivo in caso di suo impedimento o assenza.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 3

Il consiglio provinciale delle miniere è nominato con delibera della Giunta provinciale, su proposta dell'Assessore al quale è assegnata la materia delle miniere.

I membri restano in carica per la durata della legislatura del Consiglio provinciale. Ove i componenti cessassero per qualsiasi motivo dalla carica che occupano sono sostituiti.

La composizione del consiglio provinciale delle miniere deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici, quali sono rappresentati nel Consiglio provinciale.

Per il funzionamento del consiglio si applica la legge provinciale 6 agosto 1969, n. 6, e successive modifiche, concernente i compensi a componenti di commissioni istituite presso l'Amministrazione provinciale.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 4

Il consiglio provinciale delle miniere è convocato dal suo presidente ogni qualvolta lo ritenga necessario o, in caso di sua assenza o indisponibilità, dal capo della ripartizione cui è assegnato il servizio.

Il consiglio è legalmente riunito con la partecipazione della metà più uno dei componenti e delibera a maggioranza di voti. In caso di parità di voti decide il voto del presidente.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse über den Art. 4 abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 5

Il presidente del consiglio provinciale delle miniere può chiamare a partecipare alle riunioni del consiglio, con voto consultivo, persone che abbiano specifica competenza in ordine a determinati problemi o rappresentanti di Assessorati provinciali diversi da quelli rappresentati in seno al consiglio, quando debbano trattarsi affari che interessano la loro competenza.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ich lasse abstimmen: einstimmig angenommen.

Art. 6

I provvedimenti concernenti permessi di ricerca e quelli relativi a concessioni di miniere, cave e torbiere ed acque minerali e termali sono adottati con deliberazione della Giunta provinciale, su proposta dell'Assessore competente.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wer ist dafür? Einstimmig angenommen.

Art. 7

I canoni riflettenti le concessioni di miniere, di cave e torbiere e di acque minerali e termali e di permessi di ricerca, vengono riscossi dalla Provincia autonoma di Bolzano.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wer ist dafür? Einstimmig angenommen.

Art. 8

Alla copertura dell'onere derivante dall'applicazione della presente legge, valutato in lire 2 milioni per l'anno 1973, si fa fronte con le disponibilità iscritte al cap. 35 del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario corrente e corrispondenti capitoli degli esercizi successivi.

Wer wünscht das Wort? Niemand. Wer ist dafür? Einstimmig angenommen.

Wer wünscht das Wort zur Stimmabgabe? Niemand. Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Dann bitte ich die Stimmzettel zu verteilen.

(Votazione per scrutinio segreto - Geheime Abstimmung)

Ergebnis der Wahl: 16 abgegebene Stimmzettel, 15 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme. Esito della votazione: 16 votanti, 15 sì, 1 no. Das Gesetz ist somit genehmigt.

Meine Herrn Abgeordneten! Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die nächste Sitzung am Dienstag, den 23. Oktober stattfinden wird. Diese Sitzung wird wahrscheinlich die letzte sein. Nachdem drei

Gesetzesentwürfe bereits eingereicht und zwei angekündigt worden sind und noch eine ganze Reihe von Anfragen und Interpellationen zu behandeln ist, wird es wahrscheinlich notwendig sein, einen Sitzungstag anzufügen. Dies wird der darauffolgende Tag sein. Ich bitte den Tag vorzumerken.

Die Sitzung ist somit geschlossen. La seduta è chiusa.

ORE 12.30 UHR